

ROTHEUTE

AUSGABE NR.1 | FRÜHJAHR 2019

WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE

VIER JAHRE EINSATZ FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

DIE ABGEORDNETEN DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION ZIEHEN BILANZ



Am 26. Mai sind die Bremerinnen und Bremer, die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener zur Bürgerschaftswahl aufgerufen. Zeit also, zurückzublicken auf die nun ablaufende Legislaturperiode, auf vier Jahre, in denen die SPD-Fraktion sich für Bremen und Bremerhaven eingesetzt und einiges erreicht hat:

- Wir haben den Bereich Kinder und Bildung finanziell deutlich besser ausgestattet und die Schulentwicklung in den Fokus genommen.
- Wir haben gut 3.200 neue Kita-Plätze ermöglicht, und die Betreuung von Kindern ab drei Jahren ist künftig beitragsfrei.
- Wir haben Förderprogramme über 160 Millionen Euro beschlossen, damit mehr Wohnraum entsteht und durch die Sozialbauquote für mehr bezahlbare Wohnungen gesorgt.

- Wir haben erreicht, dass die Polizei mehr Personal und bessere Ausstattung erhält und uns uns für den neuen Ordnungsdienst stark gemacht.
- Wir haben nachhaltig gewirtschaftet, um keine neuen Schulden mehr aufzunehmen und in die Tilgung einzusteigen. Damit Bremen eine Zukunft hat.
- Wir haben mit Investitionen in Gewerbegebiete und die Häfen den Rahmen für neue Jobs geschaffen: Seit 2015 sind mehr als 20.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Bremen entstanden. 40 Millionen Euro wurden in die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit investiert.

Auf den folgenden Seiten wollen wir zurückblicken und die Arbeit der Fraktion in den vergangenen vier Jahren genauer vorstellen.



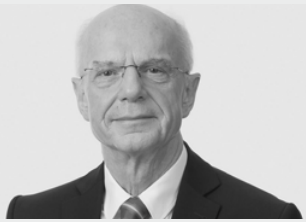
WIR TRAUERN UM CHRISTIAN WEBER

Die SPD-Fraktion trauert um Bürgerchaftspräsident Christian Weber. 28 Jahre war Christian Mitglied der SPD-Fraktion, vier Jahre davon war er ihr Vorsitzender und bis zu seinem Tod 20 Jahre lang Präsident der Bremischen Bürgerschaft. Vor allem aber war Christian ein leidenschaftlicher Kämpfer – für die Demokratie,

für den Parlamentarismus, für Völkerverständigung, für Bremen und Bremerhaven. Wir werden seine Stimme, seinen Rat, seine Kritik, seine Anregungen und seinen warmen Humor vermissen. Er fehlt – als Kollege, Weggefährte, als überzeugter Sozialdemokrat und als Mensch.

SEITE 2

WIR TRAUERN UM EINEN GROSSEN DEMOKRATEN



Für diese Stelle hatte Christian Weber kurz vor seinem Tod noch ein Geleitwort geschrieben – am 12. Februar ist er nach langem Kampf gegen seine Krebserkrankung verstorben. Er wollte hier werben, und zwar dafür, wofür er immer geworben hat – für die Demokratie. Und er soll mit seinem Appell zu Wort kommen: „Bitte: nutzen Sie am 26. Mai ihr Wahlrecht! Demokratie lebt vom Mitmachen. Sie ist kein Zuschauer-Modell, sondern es geht um Beteiligung. Und bitte vertrauen Sie nicht denjenigen, die simple oder schnelle Lösungen versprechen. Demokratie lebt davon, dass wir Argumente abwägen, streiten, um Kompromisse ringen – und am Ende Entscheidungen treffen. Natürlich ist das manchmal ein mühsamer Prozess. Aber er ist nötig und für die Demokratie unabdingbar.“

Is zuletzt, hat sich Christian für den Parlamentarismus stark gemacht. Wir haben mit ihm nicht nur unseren Bürgerschaftspräsidenten und ein von allen geschätztes Mitglied der SPD-Fraktion verloren. Unser Bundesland hat mit ihm einen überzeugten, glühenden und leidenschaftlichen Demokraten verloren und jemanden, der sich in seinem politischen Leben immer dafür eingesetzt hat, die Interessen der Menschen, die für ihn Mittelpunkt aller Politik waren, im Auge zu behalten. Dass wir künftig auf seinen Rat, seine Anregungen und seine Kritik verzichten müssen, macht uns sehr traurig. Die Bürgerschaft, die SPD-Fraktion und das Land Bremen verdanken Christian Weber viel. Er hat das Parlament zu einem offenen Haus gemacht, immer wieder Diskussionen angestoßen, Debatten um den Zustand und die Zukunft der Demokratie und des Parlaments aufgelöst. Und er hat gestritten – für Bremen, für seine Ideen und seine Thesen. Dabei hat Christian sich von Widerständen nicht abschrecken lassen. Es war für uns insbesondere diese Geradlinigkeit, die Christian ausgemacht hat. Seine Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit hat nicht nur die Menschen in Bremen überzeugt, sondern auch uns, seine Kollegen in der SPD-Fraktion.

Christian, du fehlst – wir werden Dir ein ehrendes Andenken bewahren.

„VIELES, WAS WIR ANGESTOSSEN HABEN, KONNTEN WIR UMSETZEN“

Fast vier Jahre Arbeit liegen seit der Wahl 2015 hinter der SPD-Fraktion. Was hat geklappt und wo hakt es? Im Interview zieht der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Björn Tschöpe, Bilanz.

Wie zufrieden bist Du mit dem, was Ihr erreichen konntet?

Björn Tschöpe: Ich finde, unsere Arbeit kann sich sehen lassen! Wir haben die Debatte um die Erhöhung des Landesmindestlohns mit einem konkreten Gesetzesantrag vorangetrieben, zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein ganzes Bündel Maßnahmen auf den Weg gebracht und auch im Bildungsbereich, etwa mit unserer Forderung nach einer neuen Struktur beim dringend und rasch nötigen Schulneubauprogramm einiges bewirkt. Vieles, was die Fraktion mit ihren 30 Abgeordneten angestoßen hat, konnte schon umgesetzt werden – und das, obwohl die vergangenen vier Jahre und insbesondere der Start in die Legislaturperiode nicht einfach waren.

Was meinst Du damit?

Schauen wir nochmal zurück ins Jahr 2015 – damals gab es bundesweit vor allem ein Thema, das auch unsere Arbeit bestimmte: Wie schaffen wir es, die Menschen, die bei uns Schutz suchen, unterzubringen? Wie sorgen wir dafür, dass sie wirklich ankommen in Bremen? Das war eine echte Kraftanstrengung – aber wir haben das hinbekommen. Die größte Leistung haben dabei die Bremerinnen und Bremer selbst erbracht – sie haben sich nicht von Populisten kirre machen lassen und mit viel Engagement geholfen. Für mich hat das einmal mehr gezeigt: Unser Land, unsere beiden Städte, die Menschen, die hier leben – wir halten zusammen!

... der Endspurt auf dem Weg zum Haushalt ohne neue Schulden hat es nicht unbedingt einfacher gemacht, oder?

Keine Frage – das ist so. Geld mit vollen Händen ausgeben macht bestimmt mehr Spaß. Bundesweit standen wir wegen unserer Altschulden ziemlich unter Druck. Wir mussten penibel auf unsere Ausgaben achten, um das Ziel, endlich keine neuen Kredite mehr aufzunehmen, zu erreichen. Nur so ist es gelungen, dass der neue Bund-Länder-Finanzausgleich, für den die Koalition und insbesondere Carsten Sieling als Bürgermeister gekämpft haben, Realität werden konnte. Dadurch erhalten wir wieder Gestaltungsspielraum. Und dafür haben wir uns stark gemacht – mussten dabei aber den Menschen in unserem Bundesland einiges zumuten. Letztlich aber konnte so die Zukunft Bremens gesichert werden. Das ist für mich ein Erfolg unserer Politik. Und dieser Erfolg wird nach der harten Zeit des Sparens auch für die

Menschen in Bremerhaven und Bremen spürbar werden.

Also gibt es gar keine Probleme mehr? Und ob. Da gibt es nichts schönzureden. Bezahlbarer Wohnraum beispielsweise ist in meinen Augen eine der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit. Zugegeben: Wir hätten in der Koalition in der Zeit vor 2015 mehr tun sollen. In den vergangenen Jahren haben wir aber bei diesem Thema mit Wohnungsbauprogrammen, mit dem Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau, mit einer deutlichen Steigerung der Baugenehmigungen, mit der Sozialwohnungsbaquote beim Verkauf öffentlicher Grundstücke, der zusätzlichen Schaffung von Wohnheimplätzen für Azubis und Studierende, mit Unterstützungsangeboten für junge Familien, die sich den Traum vom eigenen Haus ermöglichen wollen, und vielen weiteren Maßnahmen einiges erreichen können.

Damit wird jetzt alles gut?

Das zu sagen, wäre vermessen und falsch. Nein, wir haben dieses Problem nicht gelöst. Es gibt dabei eben nicht den einen Schalter, den man umlegen muss. Es geht darum, alle Möglichkeiten zu nutzen, um auf den Wohnraummangel zu reagieren. Dazu gehört, wie wir es mit unserem Wohnraumschutzgesetz beschlossen haben, auch bestehenden Wohnraum für den Wohnungsmarkt zu erhalten. Es geht aber vor allem auch darum, neue Flächen zu erschließen, wie wir es etwa in der Gartenstadt Werdersee getan haben.

Gerade bei neuen Wohnbauflächen ist Widerstand allerdings oft programmiert... Oft ist das so. Selbst wenn letztlich alle Bremerinnen und Bremer etwas davon haben, wenn wir mit mehr Wohnraum dazu beitragen, dass die Mieten und Immobilienpreise nicht mehr so rasant steigen – und auch, wenn im Prinzip alle sagen „Ihr müsst da was tun“: Es gibt immer auch Vorbehalte. Nicht nur bei unserem Koalitionspartner, der sich mit der Erschließung neuer Wohnbauflächen oft schwerer tut, als uns lieb ist, sondern auch vor Ort.

Nachvollziehbar, oder?

Ich verstehe ja, dass Nachbarn eines neuen Wohngebiets Befürchtungen haben, und darauf müssen wir eingehen. Aber am Ende steht fest: Um steigende Mieten und Immobilienpreise zu begrenzen, brauchen wir in erster Linie mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum. Das

nützt der ganzen Stadt und letztlich uns allen. Aber das wird eben nicht ohne die Erschließung neuer Flächen funktionieren. Deshalb finde ich es absolut richtig, dass dieses Thema auch ein Schwerpunkt für die nächste Legislaturperiode sein soll. Dadurch, dass wir jetzt die Brebau und die Gewoba wieder in der Hand haben, ergeben sich auch neue wohnungsbaupolitische Spielräume: Gerade Menschen mit einem geringen Einkommen sind auf kommunale Unternehmen angewiesen, die eben nicht in allererster Linie Profitinteressen verfolgen.

Auch für neue Gewerbeflächen hat sich die SPD-Fraktion stark gemacht – die Grünen reagierten, freundlich ausgedrückt, zögerlich...

... und das fanden wir, freundlich ausgedrückt, unerfreulich. Im Ernst: Dass wir in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg an Arbeitsplätzen zu verzeichnen

hatten, war auch der Tatsache geschuldet, dass wir Gewerbeflächen anbieten konnten. Diese sind mittlerweile aber ein rares Gut. Aber: Unternehmen brauchen Entwicklungsmöglichkeiten, und dazu gehört eben auch Raum für Erweiterung und Neuan siedlung. Dabei geht es nicht darum, irgendjemandem Profite zu ermöglichen, sondern um den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Weitere Gewerbeflächen zu entwickeln bleibt daher ein wichtiger Auftrag.

Eine Herausforderung bleibt aber auch die Versorgung mit Kita-Plätzen...

... genau wie übrigens fast überall im Bundesgebiet. Aber bei allen Problemen: In den vergangenen vier Jahren, wurde auch durch die Beharrungskraft der SPD-Fraktion, die den Kita-Ausbau schon gefordert hat, als in diesem Bereich noch eine grüne Senatorin das Ruder in der Hand hatte, wirklich viel bewegt. 3.200 zusätzliche Betreuungsplätze seit dem Sommer 2016: Ein derartiges Ausbauprogramm hat es in Bremen noch nie gegeben. Und: Nach wie vor zählt der Bremer Betreuungsschlüssel zu den besten der Republik.

Aber es braucht weitere Anstrengungen... Ja, der Ausbau muss weitergehen – aber ganz ehrlich: Ich hätte nicht gedacht, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode schon so weit kommen. Zumal wir einen starken Bevölkerungsanstieg hatten und damit auch mehr Kinder. Nichtsdestotrotz bleibt klar: Wir müssen allen Eltern, die wegen ihrer beruflichen oder familiären Situation darauf angewiesen sind, einen Betreuungsplatz anbieten können. Das muss unser Anspruch sein! Und das ist auch der Anspruch, der bleibt, wenn wir ab August zur beitragsfreien Kita ab 3 Jahren übergehen. Das zeigt: Wir meinen es ernst damit, dass wir es Familien erleichtern

wollen, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Außerdem ist klar: Gerade für Kinder, die eine besondere Förderung brauchen, ist es wichtig, so früh wie möglich eine Kita zu besuchen. Deswegen brauchen wir in einigen Stadtteilen weiterhin stärkere Anstrengungen.

Immer wieder Thema war in den vergangenen Jahren auch Schule und Bildung. Was hat die Fraktion in diesem Bereich getan?

Bildung ist ein Schwerpunkt – das sieht man schon an den vergangenen Haushaltsaufstellungen. Aber nicht nur finanziell haben wir diesen Bereich deutlich aufgestockt. Wir haben mit entsprechenden Initiativen und Vorschlägen den Bau neuer Schulen unterstützt, und mit dem neuen Institut für Qualitätssicherung konnten wir ebenfalls Weichen stellen. Ein echter Erfolg ist, dass wir mit anderen Fraktionen und Parteien nicht mehr über Schulstrukturen streiten: Es ist nicht wichtig, welche Bezeichnung draußen an der Schule steht, es geht darum, was hinter der Schultür passiert. Darauf einen Blick zu werfen, war einer der Kernpunkte der bildungspolitischen Arbeit der Fraktion.

Geld bleibt gerade in puncto Bildung aber dennoch ein Thema, oder?

Klar ist: Wir müssen in den kommenden Haushaltsberatungen an die Bildungsausgaben pro Schüler in Hamburg und Berlin aufschließen. Und wir müssen dem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern aktiv begegnen – mit der deutlichen Erhöhung der Referendariatsplätze und dem qualifizierten Quereinstiegsprogramm haben wir uns bereits auf diesen Weg gemacht. Denn, Inklusion, Ganztagschulausbau und die gezielte Unterstützung von Schulen in ärmeren Ortsteilen kann nur mit ausreichendem Personal gelingen.

Wo siehst Du die drängendsten Aufgaben für die nächste Legislaturperiode? Wir müssen Wohnraum und durch die Erschließung neuer Gewerbeflächen die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen in die Infrastruktur unserer Städte investieren. Seien es unsere Brücken und Straßen, der ÖPNV, Krippen, Kitas, Schulen, oder unsere Feuer- und Polizeiwachen: All das müssen und wollen wir in der nächsten Wahlperiode anpacken. Und wir müssen uns all denen zuwenden, die durch die Konsolidierung in den vergangenen Jahren besonders hart getroffen waren, indem wir deutlich machen, dass beispielsweise die Arbeit auch in Bereichen wie Jugend, Kultur und Sport nicht nur einen großen Wert hat, sondern uns auch etwas wert ist.



Björn Tschöpe,
Vorsitzender der
SPD-Bürgerschaftsfraktion

WOHNUNGSBAU – DIE SOZIALE FRAGE UNSERER ZEIT

Steigende Mieten und Immobilienpreise, ein zunehmender Mangel an bezahlbarem Wohnraum: Beim Wohnungsbau geht es längst nicht mehr um Beton, sondern um die soziale Frage unserer Zeit. Wohnen darf kein Luxus sein. Deshalb haben wir das Thema Wohnungsbau als einen zentralen Schwerpunkt unserer Arbeit gesetzt und in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um mehr, und insbesondere mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

- 1 Wir haben parlamentarisch die Steigerung der Baugenehmigungen gefordert und unterstützt: Seit 2010 konnten diese mehr als verdoppelt werden. Allein in den Jahren von 2015 bis November 2018 wurden fast 8.000 Wohnungen im Land Bremen genehmigt.
- 2 Wir haben insgesamt 160 Millionen Euro für Bauförderprogramme bereitgestellt, damit es zu verstärktem Wohnungsbau kommt.

- 3 Wir haben den sozialen Wohnungsbau forciert und dafür eine feste Quote durchgesetzt, die nun auf die gesamte Stadt gerechnet noch einmal angehoben werden soll.
- 4 Wir schaffen mehr Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende.
- 5 Wir unterstützen junge Familien beim Kauf eines Eigenheims – durch gezielte Förderprogramme und dadurch, dass wir verstärkt das Instrument der Erbpacht nutzen wollen.
- 6 Wir schützen bestehenden Wohnraum – durch klare Regelungen um, spekulativem Leerstand und überbordender Umwandlung in Ferienwohnungen entgegenzuwirken.

Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen konnten wir Erfolge erzielen. So sind von 2015 bis 2017 4.690 neue Wohnungen fertiggestellt worden. Doch klar ist auch: Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Denn Bremen ist eine wachsende Stadt und braucht mehr Wohnraum – in allen Segmenten.



6 WOHNRAUM SOLL WOHNRAUM BLEIBEN

Wohnraum ist knapp in Bremen. Und zu einem Problem wird dabei, dass auch in der Hansestadt regulärer Wohnraum anderweitig genutzt und – in der Regel über spezielle Internetseiten – an Besucher und Gäste vermittelt wird. Das ist für die Vermieter oft lukrativer als ein reguläres Mietverhältnis. Für den Wohnungsmarkt hat es jedoch negative Auswirkungen, denn so werden dringend benötigte Reserven für Familien, aber auch Wohngemeinschaften dem regulären Mietmarkt entzogen. Das verschärft die Situation gerade im Segment der preiswerten Wohnmöglichkeiten zusätzlich.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Wohnraum muss Wohnraum bleiben! Deswegen hat sie nach dem Vorbild anderer Bundesländer ein **Wohnraumschutzgesetz** auf den Weg gebracht, das die Bürgerschaft 2018 verabschiedet hat. Die Zielsetzung: Wohnraum soll nicht aus spekulativen Gründen leer stehen – normale Mietwohnungen sollen dort, wo Wohnungsnot herrscht, nicht in weitaus teurere Feriendomizile umgewandelt werden können. Das Ziel: Es soll verhindert werden, dass Leerstand und Zweckentfremdungen den Mietmarkt zusätzlich belasten.

4 MEHR PLATZ FÜR STUDIS & AZUBIS

Der Markt für preiswerte Singlewohnungen ist hart umkämpft. Für Studierende und Auszubildende ist das ein Problem, denn gerade für sie sind solche Wohnungen von Interesse. Zudem leben in Bremen nur sechs Prozent der 32.000 Studierenden in einem öffentlich geförderten Wohnheim. Damit liegt die Quote deutlich unter der bundesweiten Versorgungsquote von zehn Prozent. **1.000 zusätzliche Wohnheimplätze** ist daher unsere Zielzahl – drei Viertel dieser Plätze sind bereits eingerichtet oder stehen kurz davor. Die entsprechenden Planungsmittel hat die SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen bereitgestellt. Denn klar ist: Zusätzliche Wohnheimplätze entlasten den Mietmarkt insgesamt. Von dem Ausbau sollen zudem auch Azubis profitieren, denn sie sind in ähnlicher Weise von der hohen Nachfrage in diesem Segment betroffen. Bislang gibt es für sie aber kein vergleichbares Wohnheimangebot. Das soll sich ändern: In Bremen hat die SPD-Fraktion deshalb die Einrichtung eines **Azubiwohnheims** angestoßen, womit in Hamburg schon gute Erfahrungen gemacht wurde. Als Standort wurde das Jakobushaus ins Auge gefasst – 100 Wohnheimplätze sollen dort entstehen.

5 FÖRDERUNG FÜR JUNGE FAMILIEN

Selbst genutztes Wohneigentum ist eine zentrale Säule bei der Altersvorsorge. Aber gerade junge Familien mit mittlerem Einkommen haben es immer schwerer, sich ihren Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Ohne große Ersparnisse oder eine Erbschaft, ausschließlich von dem, was der Job einbringt, können sie das benötigte Eigenkapital angesichts der steigenden Immobilienpreise oft nicht aufbringen. Die SPD-Fraktion unterstützt diese Familien daher unter anderem mit zwei konkreten Initiativen gezielt. Zum einen mit einem neuen **Förderprogramm**: Familien mit Kindern, die erstmals Wohneigentum erwerben und in einem sozial benachteiligten Ortsteil kaufen, werden die Grunderwerbssteuer, die Grundbuch- und Baugenehmigungsgebühren und Notarkosten erstattet. So unterstützen wir gleichzeitig Familien und leisten einen Beitrag zur besseren sozialen Durchmischung in ärmeren Stadtteilen. Zudem hat die Fraktion sich dafür eingesetzt, dass **Erbpacht** bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke verstärkt genutzt und der entsprechende Zins gesenkt wird. Dadurch kann der Kapitalbedarf der Käufer drastisch gesenkt werden.

3 MEHR SOZIALER WOHNUNGSBAU

Bremen wird die Quote für den sozialen Wohnungsbau von bisher 25 auf 30 Prozent erhöhen. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. Zudem soll sich die Quote nach Stadtteilen ausdifferenzieren.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verkauft die Stadtgemeinde Bremen öffentliche Bauflächen nur noch unter der Auflage, dass 25 Prozent des dort entstehenden Wohnraums an Menschen mit B-Schein-Berechtigung zu vermieten sind – mit entsprechend niedrigen Mieten. Solche Sozialquoten gibt es auch in Berlin und Hamburg, und dort wurden sie inzwischen sogar auf 30 Prozent angehoben.

Bremen soll diesem Beispiel folgen und künftig ebenfalls 30 Prozent bezahlbaren Wohnraum zur Bedingung machen. So hat es die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. Gleichzeitig soll die Quote künftig

nicht mehr starr, sondern differenziert Anwendung finden. Konkret: In Quartieren, in denen schon viele Sozialwohnungen bestehen, soll die Sozialbauquote künftig geringer ausfallen. Dafür soll sie in Stadtteilen, in denen bisher nur verhältnismäßig wenig bezahlbarer Wohnraum zu finden ist, höher ausfallen.

Auch Menschen ohne oder mit geringem Einkommen soll auf diese Weise ermöglicht werden, in diesen Quartieren zu leben. Und auf der anderen Seite soll auch in sogenannten benachteiligten Quartieren durch mehr Wohnraum auch für besser situierte Menschen die soziale Durchmischung verbessert werden.



1 NEUE WOHNGEBIETE FÜR BREMEN

Neue Baugebiete für Bremen: Damit der in Bremen dringend benötigte Wohnraum entstehen kann, braucht es Platz zum Bauen. Wir haben in den vergangenen Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass in Bremen in großem Umfang neuer Wohnraum entstehen kann – in allen Segmenten.

Dabei entstehen an vielen Stellen in der Stadt neue Wohnungen. Das zeigt nicht zuletzt die Zahl von 8.774 erteilten Baugenehmigungen in den Jahren 2015 bis 2018.

Doch ist die benötigte Zahl an Wohnungen nicht ohne große Projekte zu schaffen. Auch solche großen Projekte sind wir angegangen – und entstehen sie auf öffentlichem Grund, ist bislang eine Quote von 25 Prozent sozialem Wohnungsbau verpflichtend. Eine Quote, die nun angehoben werden soll, bei manchen Projekten aber auch zuvor schon übertroffen wurde. Zum Beispiel bei der Markuskaję in der Überseestadt, wo 146 der 250 entstandenen Wohneinheiten sozialer Wohnungsbau waren. Oder bei der Gartenstadt Werdersee, bei der die Gewoba rund 30 Prozent der 590 Wohnungen als sozialen Wohnraum bereitstellt.

Von zentraler Bedeutung für den Wohnungsmarkt in Bremen ist zudem das Hulsbergquartier, in dem 1.100 Wohnungen entstehen sollen. Im Wohnpark Oberneuland werden die ersten 200 Wohnungen gebaut. Und wir haben die Bebauung des Rennbahn-Quartiers auf den Weg gebracht und sind – gemeinsam mit den Menschen vor Ort – die Planungen angegangen, damit dort ein lebendiges, neues Quartier entstehen kann.



2 PROGRAMME AUFGESTOCKT

Bereits die ersten drei Wohnraumförderprogramme des Senats waren ein voller Erfolg. In den Jahren 2012, 2015 und 2016 legte der Senat jeweils ein solches Programm mit einem Volumen von je 40 Millionen Euro auf. Über verbilligte Kredite werden Neubau oder Modernisierung von Wohnungen gefördert. Durch die ersten beiden Programme wurden 1.300 Wohnungen gefördert, durch das dritte Programm werden geschätzt noch einmal 650 bis 700 geförderte Wohnungen hinzukommen.

In den Haushaltsberatungen für die Jahre 2018 und 2019 haben wir daher beschlossen, das dritte Programm noch einmal um 40 Millionen Euro aufzustocken. Da sich die Modalitäten dafür bewährt haben – wie eine Überprüfung der bisherigen Programme ergab – bleibt es dabei: Durch verbilligte Kredite sollen noch weitere Interessenten in die Lage versetzt werden, Bauprojekte umzusetzen und Wohnraum zu schaffen.



„Die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist die zentrale soziale Herausforderung unserer Zeit. Diese Herausforderung sind wir angegangen, etwa, indem wir die Sozialbauquote erhöht und ausdifferenziert haben. Oder indem wir junge Familien beim Kauf eines Eigenheims unterstützt haben. Gegen steigende Mieten hilft am Ende aber nur eines: Bauen, bauen, bauen!“

Björn Tschöpe
Fraktionsvorsitzender



„Bremen ist eine wachsende Stadt! Deswegen brauchen wir neuen Wohnraum. Und das in allen Segmenten: vom sozialen Wohnungsbau bis hin zu Eigenheimen für Familien. Daher haben wir mit Förderprogrammen die Neubauaktivität unterstützt und verstärkt. Und wir haben durch die Bereitstellung von Flächen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass neue Wohngebiete entstehen können.“

Jürgen Pohlmann
Sprecher für Baupolitik



Mehr zum Thema Wohnen:
www.spd-fraktion-bremen.de/politikfelder/stadtentwicklung-bau



„Wir standen im Bereich Kinderbetreuung vor der riesigen Herausforderung, überall in der Stadt ausreichend Plätze zu schaffen. Das ist uns gelungen. Aber die Entwicklung muss weitergehen – gerade in den ärmeren Quartieren müssen wir weiter zusätzliche Angebote schaffen. Und wir müssen auch weiterhin in die qualitative Weiterentwicklung der Kitas investieren. Ein großer Erfolg ist zudem die kostenlose Kita ab 2019.“

Petra Krümpfer



DEUTLICH MEHR GELD FÜR BILDUNG

Bildung ist unser Schwerpunkt – auch finanziell. Dies haben wir in den vergangenen Haushalten deutlich gemacht. Wir investieren große Beträge für den Ausbau von Schulen und Kitas. So haben wir seit 2016 3.200 zusätzliche Kitaplätze geschaffen, und im derzeit laufenden Kindergartenjahr kommen rund 800 weitere hinzu. Insgesamt haben wir die Bildungsausgaben massiv erhöht – sie liegen in diesem Jahr mehr als 225 Millionen Euro höher als noch 2017.

Mehr Schulen, mehr Kitas, mehr Krippen, mehr Ganzttag: Wir haben in den vergangenen Jahren massiv in den Bereich ‚KiBi‘ (Kinder und Bildung) investiert. Allein im Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 konnten wir mehr als 110 Millionen Euro für den Neubau von Kitas und Schulen bereitstellen. Bereits im vorangegangenen Haushalt sind wir zudem eine langfristige Planung für den Ganztagsausbau angegangen und haben dazu die nötigen Planungs- und Baumittel bereitgestellt.

Unser Ziel: Wir wollen, dass alle Bremer Grundschulen ein Ganztagsangebot machen können. Zudem haben wir mit Sofortprogrammen kurzfristig auf veränderte Entwicklungen reagiert. So etwa, als der Senat mit unserer Unterstützung mit einem Sofortprogramm in Höhe von mehr als 10 Millionen Euro auf die aktualisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes reagiert hat oder wenn in kurzer Zeit zusätzliche Kita-Plätze

geschaffen werden mussten, um den Bedarf zu decken. Für uns ist klar: Wenn es nötig ist, reagieren wir auch kurzfristig und stellen die nötigen Mittel bereit. Aber auch in der langfristigen Planung investieren wir in großem Umfang. Das zeigt etwa die Schulstandortplanung, die nun auf Grundlage aktualisierter Prognosen angepasst wurde. Sie sieht den Bau von acht komplett neuen Schulen und elf zusätzlichen Schulgebäuden vor. Aber wir investieren nicht nur in Beton und Steine: Wir haben in den vergangenen Jahren die Ausgaben für Kinder und Bildung insgesamt immer weiter gesteigert – zuletzt um 270 Millionen Euro zusätzlich in zwei Jahren. Damit haben wir die Richtung vorgegeben – und werden auf diesem Weg weitergehen. Denn trotz der erfolgten deutlichen Erhöhung steht für uns fest: Wir müssen weiterhin mehr in Bildung investieren und mindestens an die Pro-Kopf-Ausgaben der anderen Stadtstaaten aufschließen.

MEHR LEHRER FÜR BREMEN

Gute Schule braucht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben daher die Beschäftigtenzahl im Bildungsbereich in den vergangenen vier Jahren deutlich aufgestockt. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde dabei insbesondere der Bereich Inklusion zusätzlich personell verstärkt. Bundesweit sind allerdings die Fachkräfte knapp. Deswegen haben wir den Weiterbildungsstudiengang „Inklusive Pädagogik“ an der Universität Bremen erhalten und dafür ebenso zusätzliches Geld bereitgestellt wie für eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Referendarinnen und Referendare von 450 auf 600. Völlig klar ist, dass wir alles unternehmen müssen, damit diese Lehrerinnen und Lehrer nach Abschluss ihres Studiums auch in unserem Bundesland bleiben. Dabei spielt auch die Bezahlung eine Rolle. Auf unseren Antrag hin hat die Bürgerschaft daher beschlossen, dass Grundschullehrkräfte künftig dasselbe verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen an Oberschulen und Gymnasien. Diese Besserstellung war überfällig – und sie war eine Frage der Gerechtigkeit.

SCHULQUALITÄT WEITERENTWICKELT

Bremen hat sich mit der Schulreform auf den richtigen Weg gemacht. Wovon wir als SPD-Fraktion von Anfang an überzeugt waren, hat auch eine Expertenkommission bestätigt. Sie hatte, wie im ersten Schulkonsens vereinbart, den Auftrag, den Erfolg der Maßnahmen zu überprüfen. Und das Urteil ist deutlich: Bremen ist auf dem richtigen Weg – sowohl, was die Umstellung auf ein Zwei-Säulen-Modell aus Oberschulen und Gymnasien, als auch, was den Ganztagsausbau angeht. Die Experten bewerteten auch einen weiteren Schritt positiv, den Bremen auf eine Initiative der SPD-Fraktion hin gegangen ist: die Einrichtung eines Bremer Instituts für Qualitätsentwicklung. Nach Hamburger Vorbild sollen dadurch Leistungsunterschiede anhand der entsprechenden Daten ausfindig gemacht werden, um dann die qualitative Weiterentwicklung anzugehen und die Schulen dabei passgenau zu unterstützen. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zu einer Weiterentwicklung der Schulen.

Die beteiligten Parteien haben diesen Ansatz daher auch in die Fortsetzung des Bildungskonsens' aufgenommen. Dort liegen weitere Schwerpunkte etwa auf der Weiterentwicklung der Inklusion, der besonderen Förderung von Schulen in schlechtergestellten Quartieren und dem Ganztagschulausbau.

OFFENSIVE FÜR BERUFLICHE BILDUNG

Wir wollen die duale Ausbildung in Bremen stärken! Denn dieses Zusammenspiel der beruflichen Bildung in Betrieb und Berufsschule ist ein Erfolgsmodell, das auch international hoch anerkannt ist. Es trägt zur Stärke der deutschen Wirtschaftsleistung bei und ist ein Grund für die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit.

Die SPD-Fraktion hat daher in einem Positionspapier eine Offensive für die berufliche Bildung beschlossen. Damit sollen die Berufsschulen gezielt gestärkt werden, um auch weiterhin ausreichend qualifizierte Fachkräfte auszubilden und so die Wirtschaft zu stärken. Dazu soll mehr Geld in die Schulen fließen, um die Ausstattung zu verbessern und eine noch bessere Verzahnung von Theorie und Praxis zu erreichen.

Doch die Berufsschulen sollen sich auch strukturell verändern. In ihrem Positionspapier weisen die Sozialdemokraten etwa einer größeren Eigenständigkeit und einer Zentralisierung nach dem Campus-Modell eine wichtige Rolle zu. Von großer Bedeutung ist für sie zudem eine Öffnung für die Fort- und Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Denn angesichts der sich schnell verändernden Arbeitswelt wird das lebenslange Lernen einen immer größeren Stellenwert erhalten.



„Wir haben den Bereich Kinder und Bildung in den vergangenen vier Jahren trotz schwieriger Haushaltslage finanziell deutlich besser gestellt. Und dabei haben wir nicht nur in den Ausbau von Kitas und Schulen investiert und das Personal deutlich aufgestockt, sondern auch gezielt Geld für Maßnahmen verwendet, die die Qualität in unseren Schulen verbessern.“

Mustafa Güngör
Sprecher für Kinder und Bildung



„Bildung beginnt in der Kita. Wir haben es geschafft, dass alle Eltern ihre Kinder kostenlos dorthin schicken können, damit für alle ein guter Start gelingt. Und für junge Leute bietet Bremen viele Ausbildungschancen. Lehre, Berufsschule, Erwachsenen-schule, Deutsch- und Förderkurse, Seiteneinstieg – für jeden und jede gibt es ein Angebot, sodass alle es schaffen können. Wir kümmern uns um die Bremer Jugend.“

Mehmet Acar

KITA AB DREI BEITRAGSFREI: ENTLASTUNG FÜR FAMILIEN

Gebührenfreie Bildung – das ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Deshalb hat die SPD-Fraktion sich in Bremen immer gegen Studiengebühren eingesetzt. Und nun hat sie ein weiteres Ziel erreicht: Ab August 2019 sollen Eltern in Bremen und Bremerhaven für eine achtstündige Betreuung ihrer über dreijährigen Kinder keine Gebühren mehr zahlen. Eine entsprechende Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft beschlossen.

Das ist ein wichtiges Signal für Bremen. Denn die Wissenschaft ist sich einig: Die Grundlagen für einen guten Bildungsweg werden in den Kitas in der frühkindlichen Bildung gelegt. Zudem entlastet der Wegfall der Gebühren Familien mit einem

durchschnittlichen Einkommen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Völlig klar ist dabei: Dieses Ziel wird nicht auf Kosten anderer Prioritäten in der Kinderbetreuung erreicht. Der Kita-Ausbau wird unvermindert fortgesetzt. Und Bremen wird auch weiterhin in die Qualität der Betreuung investieren. Dabei hilft auch der Bund: Denn das Gute-Kita-Gesetz, das auf Betreiben der SPD auf den Weg gebracht wurde, sieht vor, dass die Länder das zusätzliche Geld, das sie im Rahmen dieses Gesetzes erhalten, sowohl für eine Entlastung der Eltern von Beiträgen, als auch für Investitionen in die Verbesserung der Qualität der Kitas verwenden können.



Mehr zum Thema unter:
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik/bildung-kinder



„Straftaten müssen konsequent verfolgt und zeitnah verhandelt werden. Dafür braucht es eine starke Justiz, die das auch personell bewältigen kann. Auf diesem Weg sind wir in den vergangenen Jahren vorangekommen, aber noch nicht am Ende angelangt. Auch unsere JVA muss so ausgestattet werden, dass sie den Anforderungen an einen modernen Resozialisierungs-Strafvollzug genügen kann.“
Sascha Aulepp
Sprecherin für Justiz- und Rechtspolitik

FÜR EINE STARKE POLIZEI

Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen vier Jahren die Polizei deutlich gestärkt. So hat sie erreicht, dass die Zielzahl bei der Bremer Polizei um 130 auf 2.600 erhöht wurde und zudem die Pläne des Senats zur Neustrukturierung eng begleitet. Ziel dabei: Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sollen Priorität haben. Zudem hat sie sich dafür stark gemacht, dass zusätzliches Geld für eine bessere Schutzausrüstung der Beamtinnen und Beamten zur Verfügung steht und für Polizei und Feuerwehr neue Fahrzeuge angeschafft werden können.



nierungsstelle und eines Expertenzentrums. Auch Beratungsangebote für Schulen wurden verbessert – damit Kriminalität und Extremismus so bekämpft werden, wie es am wirksamsten ist: dadurch, dass sie im Vorfeld gar nicht erst entsteht.

Onl ine-Wachen sind für die Bürger praktisch. Hier kann eine Anzeige aufgegeben werden, ohne dafür ein Polizeirevier aufsuchen zu müssen. Auch unnötige Wartezeiten müssen nicht mehr in Kauf genommen werden. In Bremen und Bremerhaven ist eine Online-Anzeige bei Fahrraddiebstählen und Sachbeschädigungen ermöglicht worden – als Ergebnis einer Forderung der SPD-Fraktion. Die ersten Erfahrungen waren so positiv, dass das Angebot ausgebaut werden soll.

Der terroristische Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz im Jahr 2016 hat gezeigt, dass es Lücken im Bereich der Inneren Sicherheit gibt, die geschlossen werden müssen. Dies sind wir auch in Bremen angegangen – etwa mit einer Ausweitung der Videoüberwachung an bestimmten Orten, einer angemessenen Ausstattung von Polizei und Justiz, aber auch mit einer Stärkung der Prävention sowie der Einrichtung einer Landeskoordi-

Bodycams, also Kameras, die Polizeibeamte direkt am Körper tragen, können eine abschreckende Wirkung entfalten und die Beamten im Dienst vor Angriffen schützen. Polizisten können sich anhand der Aufzeichnungen von zu Unrecht erhobenen Vorwürfen schützen, müssen sich aber auch für ein eventuelles eigenes Fehlverhalten verantworten. Die SPD-Fraktion hat ihren Einsatz in Bremen auf den Weg gebracht, und auch in Bremerhaven kommen die Kameras nun zum Einsatz.

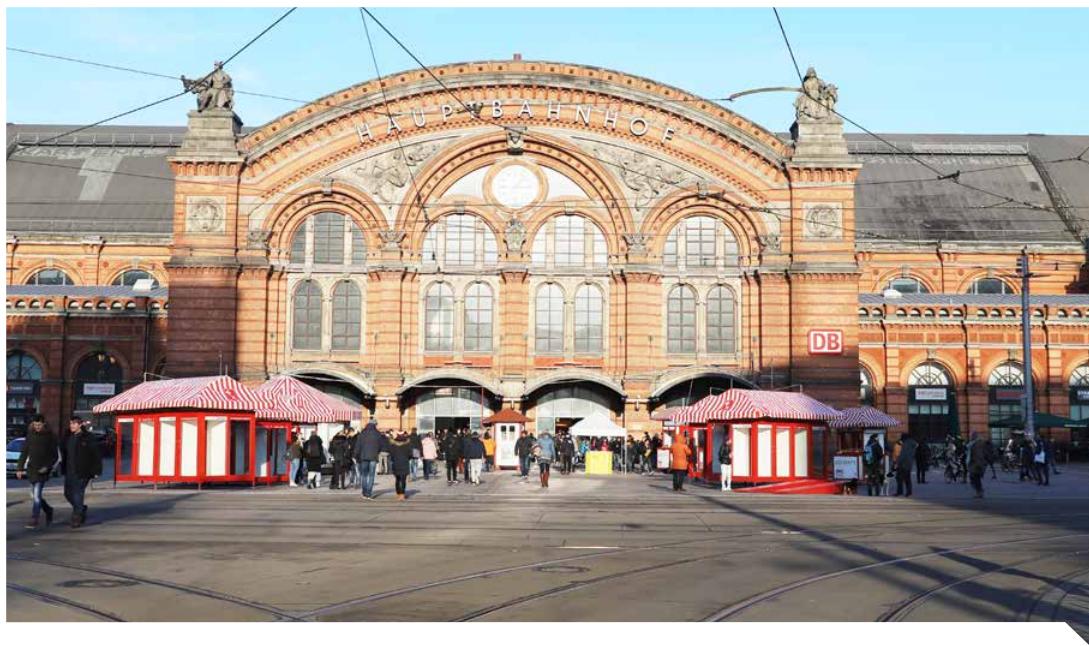
SICHERHEIT MIT DENKEN VON ANFANG AN

Bremen braucht neuen Wohnraum. Und auch wenn völlig klar ist, dass die Anstrengungen in diesem Bereich weitergehen müssen, entstehen auch jetzt schon neue Häuser und ganze Wohngebiete. Das verändert Bremen auch städtebaulich – und diese Veränderungen sollten genutzt werden, um den Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität zu verbessern. Dies hat die SPD-Fraktion in einem Antrag auf den Weg gebracht.

Unübersichtliche und schlecht beleuchtete Orte sind an vielen Stellen in Bremen ein Problem. Denn sie begünstigen Delikte wie Straßenraub oder Sexualstraftaten. Aber auch wenn nichts passiert, fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger an diesen Stellen nicht wohl. Auch unabhängig von einer tatsächlichen Gefahr entstehen hier oft Angsträume, die viele nur ungern passieren.

Der Antrag der SPD-Fraktion sieht daher vor, dass sowohl das subjektive Sicherheitsgefühl als auch die objektive Sicherheit zu einem entscheidenden Faktor bei der Stadtplanung werden. Um dies zu erreichen, soll ein Fachbeirat „Einbruchsschutz und städtebauliche Kriminalprävention“ ins Leben gerufen werden. Dieser Beirat soll mit Vertreterinnen und Vertretern von Bauwirtschaft, Handwerk, Versicherungswirtschaft und Polizei die Behörden bei der Flächenplanung und der Aufstellung von Bebauungsplänen beraten. Der Senat soll zudem prüfen, wie die Anhörung des Beirats formal Eingang in die Erstellung von Bebauungsplänen finden kann, ohne dass dies zu Verzögerungen führt. Zudem soll sich der Senat dafür einsetzen, dass der Einbruchsschutz verbessert wird – etwa dann, wenn bei Mietwohnungen ohnehin Modernisierungen anstehen.

IM EINSATZ FÜR BREMEN: DER NEUE ORDNUNGSDIENST



Wir wollen, dass die Bremerinnen und Bremer sich in ihrer Stadt wohlfühlen und sich gerne dort aufhalten. Dafür spielen Sicherheit und Sauberkeit eine große Rolle. Daher hat die Bürgerschaft mit unserer Unterstützung Geld für einen Ordnungsdienst bereitgestellt, der im Oktober 2018 seine Arbeit aufgenommen hat. Er trägt auch einen wesentlichen Beitrag zur besseren Gestaltung des Bahnhofsumfelds bei.

Auch am „Roten Bus“, mit dem unsere Abgeordneten in den Stadtteilen präsent sind, war es immer wieder ein Thema: Das Erscheinungsbild Bremens, das etwa durch achtlos hingeworfene Zigarettenkippen, illegal entsorgten Müll und vieles andere mehr leidet.

Um mehr Sauberkeit und mehr Sicherheit kümmert sich seit 2018 in Bremen ein Ordnungsdienst, für den wir Geld bereitgestellt haben. Er soll sich dieser Probleme annehmen. Der Dienst soll für die Bremerinnen und Bremer ansprechbar sein und sich um ihre Anliegen kümmern, zum Beispiel, wenn illegal entsorgter Müll das Bild in ihrem Stadtteil verschandelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes sollen aber auch auf Streife gehen und auch so für mehr Sicherheit und Sauberkeit sorgen. Denn zu ihren Aufgaben gehört es auch, Ordnungswidrigkeiten zu sanktionieren und letztlich zu unterbinden.

Das umfasst eine achtlos hingeworfene Zigarette ebenso wie Verstöße gegen den Leinenzwang für Hunde oder dort Fahrrad zu fahren, wo dies nicht erlaubt ist. Der Ordnungsdienst ist ein Gewinn für alle Bremerinnen und Bremer und trägt entscheidend zur Aufenthaltsqualität bei.

Eine zentrale Rolle spielt dieser auch am Bahnhofsumfeld. Dort soll er gezielt auf die Sauberkeit achten und gegen „Müllsünder“ vorgehen. Dies ist aber nur eine von vielen Maßnahmen, die diese „Visitenkarte Bremens“ attraktiver und sicherer machen sollen. Dazu gehören auch eine verstärkte Präsenz der Polizei, um gezielt gegen Kriminalität vorzugehen. Dazu gehört ein Ausbau der Videoüberwachung, sodass die Polizei die Lage besser im Blick behalten kann. Und dazu gehört nicht zuletzt, dass die swb dort für mehr Licht gesorgt hat. Das erhöht nicht nur die Aufenthaltsqualität, es macht den Platz auch sicherer.

GERICHT BESTÄTIGT: DFL MUSS SICH AN KOSTEN BETEILIGEN

Die klare Haltung hat sich gelohnt: Bremen darf von der Deutschen Fußball-Liga (DFL) eine Beteiligung an den Kosten für Polizeieinsätze verlangen. Das Oberverwaltungsgericht hat eine Klage der DFL dagegen deutlich abgewiesen.

Sie hat gedroht, sie hat bestraft, sie hat es mit vergifteten Angeboten versucht, sie ist vor Gericht gezogen: Die DFL hat vieles unternommen, um sich gegen die von der SPD-Fraktion initiierte und von der Bürgerschaft beschlossene Kostenbeteiligung für Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen zu wehren. Vor dem Oberverwaltungsgericht ist sie

allerdings deutlich gescheitert. Das Gericht befand: Die DFL darf an diesen Kosten beteiligt werden. Die Rechtsauffassung Bremens – und auch die der SPD-Fraktion – wurde dadurch bestätigt. Und das Urteil zeigt auch: Es war richtig, sich nicht einschüchtern zu lassen. Denn die SPD-Fraktion ist nach wie vor überzeugt:

Es kann nicht sein, dass ein milliardenschwerer Unterhaltungskonzern wie die DFL immer größere Gewinne einstreicht, die dafür nötigen Ausgaben aber der Allgemeinheit aufbürdet. Es muss hier zu einer angemessenen Beteiligung kommen. Und dafür muss Schluss sein mit einer Sonderbehandlung des deutschen Profifußballs.



„Wir haben für mehr Beamtinnen und Beamte gesorgt, damit die Polizei ihren Aufgaben noch besser gerecht werden kann. Wir haben außerdem den Ordnungsdienst eingeführt, der zusätzlich für mehr Sauberkeit und Ordnung sorgt und als Anlaufstelle für Beschwerden dient. Denn wir wollen, dass sich alle Bremerinnen und Bremer sicher fühlen und sich gern in ihrer Stadt aufhalten.“

Sükrü Senkal
Sprecher für Inneres



„Wir haben erreicht, dass es auch in Bremerhaven eine verlässliche Zielzahl für die Zahl der Polizistinnen und Polizisten gibt. Diese werden wir immer wieder prüfen und an die Gegebenheiten anpassen. Und wir haben erreicht, dass mehr Geld in die Ausstattung der Beamtinnen und Beamten fließt. Denn es zählt nicht nur die Zahl der Polizisten – für eine gute und effektive Polizeiarbeit ist auch eine moderne Ausrüstung notwendig.“

Holger Welt



Mehr zum Thema unter:
www.spd-fraktion-bremen.de/unser-politik/innenpolitik



„Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich gut, sicher und komfortabel in ihrer Stadt bewegen können – unabhängig davon, ob sie mit dem Auto, per Rad oder als Fußgänger unterwegs sind. Dabei wollen wir mehr Menschen dazu bewegen, auf klimafreundlichere Alternativen zum eigenen Auto umzusteigen. Dabei setzen wir auch darauf, dass wir Bus und Bahn attraktiver, zuverlässiger und kostengünstiger gestalten.“

Heike Sprehe
Sprecherin für Verkehr

BUS UND BAHN SOLLEN ATTRAKTIVER WERDEN

Bus und Bahn sind umweltfreundliche Verkehrsmittel. Damit sie für mehr Menschen eine attraktive Alternative zu Fahrten mit dem eigenen Auto werden, haben wir in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Initiativen auf den Weg gebracht und in der Bürgerschaft beschlossen.

Besonders zwei Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass Bus und Bahn unter anderem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver werden: Zum einen sollen Gewerbegebiete wie etwa die Hansalinie, das Güterverkehrszentrum, der Industriepark oder das Bremer Kreuz besser an das ÖPNV-Netz angebunden werden, um die Beschäftigten morgens und nach Feierabend sozusagen „von Tür zu Tür“ zu bringen. Zum anderen wollen wir erreichen, dass Bus und Bahn günstiger werden. So sollen die Konditionen des – für die Kundinnen und Kunden günstigeren – Jobtickets so angepasst werden, dass mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von diesem Angebot profitieren können – etwa indem die bisher bestehende Beschränkung fällt und die Möglichkeit geschaffen wird, dass mehrere Arbeitgeber sich zusammenschließen, um die Mindestteilnehmerzahl in ihren Betrieben zu erreichen. Oder indem



die Mindestteilnehmerzahl reduziert wird. Oder dadurch, dass dieses Modell auch jenseits der direkten Arbeitgeber angeboten werden kann – etwa durch Kammern oder Gewerkschaften.

Auch diejenigen, die freiwillig einen Dienst wie etwa den Bundesfreiwilligendienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr ableisten, sollen Bus und Bahn günstiger nutzen können. Auf unsere Initiative hin hat die Bürgerschaft den Senat aufgefordert, ein Konzept für ein Freiwilligenticket zu erarbeiten, das sich bei Kosten und Umfang an dem Semesterticket für Studierende orientieren soll.

Und auch Seniorinnen und Senioren sollen einen neuen Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV erhalten: Die Bürgerschaft hat beschlossen, dass diese, wenn sie ihren Führerschein abgeben, für ein halbes Jahr ein Gratis-Ticket für Bus und Bahn erhalten sollen.

INITIATIVEN FÜR BESSEREN LÄRMSCHUTZ

Wo Verkehr ist, ist auch Lärm. Dieser Lärm ist für die Anwohnerinnen und Anwohner oft eine große Belastung und kann krank machen. Wir haben uns daher auch in den vergangenen vier Jahren für einen besseren Lärmschutz stark gemacht. So haben wir im Zuge der Haushaltsberatungen Geld bereitgestellt, um den Lärmschutz an besonders belasteten Orten zu verbessern. Zudem haben wir uns auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Bahn ihrer Verantwortung nachkommt und den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner an viel befahrenen Bahnstrecken verbessert. Und wir haben eingefordert, dass dabei nicht nur Lärm, sondern auch die Erschütterungen, die von Zügen verursacht werden, berücksichtigt werden, sodass die Anwohner – etwa über technische Verbesserungen – entlastet werden.

DURCHBRUCH FÜR DEN RING: BAUSTART FÜR WESERTUNNEL

Es wird ein Durchbruch, im wörtlichen und übertragenen Sinne: Der Wesertunnel, der die Autobahn 281 mit der A 27 verbinden soll. Er ist der wesentliche Beitrag zum geplanten Autobahnring um Bremen. Mit dem Tunnel wird sich nicht nur die Verkehrsanbindung Bremens deutlich verbessern, was sowohl den Bremerinnen und Bremern als auch der Wirtschaft zugutekommt. Er wird auch die Innenstadt deutlich von Verkehr entlasten. Die Planer rechnen mit 40.000 Fahrzeugen, die ab 2024 täglich durch den Tunnel fahren – Fahrzeuge, die dann nicht mehr durch die Stadt fahren. Dass im Januar dieses Jahres der Spatenstich erfolgte und die Bauarbeiten nun tatsächlich losgehen, ist also ein wichtiger Meilenstein in der Bremer Verkehrsentwicklung.



Mehr zum Thema unter:
[www.spd-fraktion-bremen.de/
politikfelder/verkehr](http://www.spd-fraktion-bremen.de/politikfelder/verkehr)

FINANZEN – NEUE CHANCEN UND KLARE SCHWERPUNKTE

Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich Bund und Länder auf eine Neuordnung der Finanzbeziehungen geeinigt. Bremen wird ab 2020 finanziell deutlich besser dastehen als bislang. Ein Erfolg, der vor allem erzielt werden konnte, weil die rot-grüne Koalition in Bürgerschaft und Senat in den vergangenen Jahren konsequent daran gearbeitet hat, die Neuverschuldung Schritt für Schritt abzubauen. Konkret: Um endlich aus der Schuldenfalle herauszukommen, haben wir Bremen auf Sparkurs gebracht – das war nicht immer leicht. Dennoch konnten aber auch klare finanzielle Schwerpunkte gesetzt werden.

Seit Jahren wurde darüber verhandelt, und auch die SPD-Fraktion hat sich immer wieder dafür eingesetzt, dass es zu einer Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern kommt, die Bremen besser stellt. Dieses Ziel konnte erreicht werden. Ab 2020 kommt es zu einer gerechteren Verteilung zwischen Bund und Ländern. Bremen erhält dann dank der Neuordnung des Bundes-Länder-Finanzausgleichs jährlich insgesamt 400 Millionen Euro Sanierungshilfen und zusätzlich 87 Millionen Euro – und damit deutlich mehr finanziellen Spielraum als bisher.

Auch in Zukunft werden dadurch nicht Milch und Honig fließen – aber der Zweistädte-staat erhält dadurch neue Gestaltungsspielräume für Investitionen und tritt endlich in die Phase der Schuldentilgung ein.

Dass dieser Erfolg erzielt werden konnte, ist auch das Ergebnis von großen Anstrengungen, die wir in Bremen in den vergangenen Jahren unternommen haben. Wir haben Kurs gehalten auf dem Weg zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung ab 2020. Jahr für Jahr haben wir dabei die Vorgaben des Stabilitätsrates, der die Einhaltung der vereinbarten

Schuldenbremse überwacht, eingehalten – wo für Bremen im Gegenzug jedes Jahr eine Zinsbeihilfe von 300 Millionen Euro erhalten hat. Doch trotz des klaren Sparkurses haben wir klare politische Schwerpunkte gesetzt. Wir haben den Bereich Kinder und Bildung finanziell deutlich besser ausgestattet und zum Beispiel allein im Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 mehr als 270 Millionen Euro mehr bereitgestellt als im Jahr 2017. Wir haben in

mehr Sicherheit und Sauberkeit für Bremen investiert und allein 2018 und 2019 rund 20 Millionen Euro in die Verbesserung des Bürgerservice gesteckt. Wir haben Geld für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bereitgestellt – insbesondere um langzeitarbeitslosen Menschen, etwa über das Porgamm LAZLO, neue Perspektiven bieten zu können. Und wir haben Geld für die Häfen, die Entwicklung von Gewerbegebieten und nicht zuletzt auch einen dreistelligen Millionenbetrag für die Bremer Wohnungsbauförderprogramme bereitgestellt, damit in Bremen mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann. Der größte Erfolg aber bleibt, dass heute auch finanziell für unser Bundesland gilt: Bremen hat Zukunft!



„Wir sind den Weg hin zu einem Haushalt ohne neue Schulden konsequent weitergegangen. Doch auch unter diesen schwierigen Bedingungen haben wir klare politische Schwerpunkte gesetzt. Ein großer Erfolg ist zudem die Einigung zur Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern. Dadurch werden wir ab 2020 deutlich mehr Geld erhalten – und unsere Eigenständigkeit ist gesichert.“

Max Liess
Sprecher für Finanzen



„Wir kämpfen für gerechtere Steuern. Dass Einkünfte aus Arbeit anders und meist höher besteuert werden als Einkünfte aus Kapital, ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Deswegen haben wir uns mit Nachdruck für ein Ende dieser Besteuerungsart ebenso eingesetzt wie für eine Abschaffung des Steuerschlupflochs „Share Deals“. Denn es kann nicht sein, dass große Konzerne sich um die Grunderwerbsteuer drücken können!“

Bernd Ravens

FÜR GERECHTERE STEUERN!

Die SPD-Fraktion setzt sich für mehr Gerechtigkeit bei der Steuer ein. So fordert sie die Abschaffung der sozial ungerechten Abgeltungsteuer ebenso wie das Schließen eines Steuerschlupflochs, von dem große Immobilienkonzerne profitieren. Beiden Forderungen schloss sich die Bürgerschaft an.

Einkünfte aus Arbeit dürfen nicht höher besteuert werden als Einkünfte aus Vermögen! Deswegen hat die SPD-Fraktion in einem Antrag die Abschaffung der **Abgeltungsteuer** gefordert. Dabei handelt es sich um eine Steuer, die Kapitalerträge pauschal mit einem Satz von 25 Prozent belegt. Das ist oft niedriger als der „normale“ Steuersatz des Betroffenen – oder der Steuersatz eines gewöhnlichen Arbeitnehmers. Deswegen soll die Abgeltungsteuer abgeschafft und die Einkünfte

mit dem jeweiligen persönlichen Satz besteuert werden. Abschaffen will die SPD-Fraktion auch sogenannte „**Share Deals**“. Damit können Hedge-Fonds und Immobilienkonzerne die Grunderwerbsteuer umgehen, wenn Grundstücke oder Immobilien vor dem Kauf in Gesellschaften überführt werden. Das Ziel der SPD-Fraktion ist es, dieses „**Sparmodell**“ zu beenden: Auch Großkonzerne sollen sich nicht mehr um die Grunderwerbsteuer drücken können.



Mehr zu den Themen Haushalt und Finanzen:
www.spd-fraktion-bremen.de/haushalt-finanzen/



„Wir brauchen in Bremen mehr Gewerbeflächen. Dabei müssen wir die Bedürfnisse großer Firmen ebenso berücksichtigen wie die kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die von Handwerksbetrieben. Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Denn nur so kann die Wirtschaft in Bremen sich weiter entwickeln. Und diese Entwicklung heißt auch: Arbeitsplätze können entstehen!“

Dieter Reinken
Sprecher für Wirtschaft



„Die Bremer Innenstadt verändert ihr Gesicht. Was private Investoren hier planen, bietet eine großartige Chance für eine moderne Stadtentwicklung. Wir haben die Pläne daher unterstützt, allerdings auch einen politischen Rahmen gesetzt und Erwartungen formuliert. Und das ist richtig so, denn letztlich geht es in der Innenstadt auch darum, dass Arbeitsplätze neu entstehen oder erhalten werden können.“

Andreas Kottisch



Mehr zum Thema Wirtschaft
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik/wirtschaft-haefen

GUTE ARBEIT UND CHANCEN FÜR ALLE

Bremens Wirtschaft wächst so stark wie an kaum einen anderen Ort in Deutschland. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt: Mehr als 20.000 zusätzliche, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind seit 2015 in Bremen und Bremerhaven entstanden. Damit diese Entwicklung weitergeht, noch mehr Menschen in Arbeit kommen und neue Perspektiven erhalten, haben wir eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht.

- **Wir haben das Programm LAZLO aufgelegt und finanziert.** Dieses Programm bietet insgesamt 500 Menschen, die seit Langem auf der Suche nach einem Job sind, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Dabei nimmt das Programm vor allem diejenigen in den Blick, die auf dem Arbeitsmarkt besondere Schwierigkeiten haben: Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die älter als 50 Jahre sind. Die öffentlich geförderten Jobs sollen dabei nicht nur neuen Chancen für die Beschäftigten bieten, sondern gezielt den Stadtteilen nützen.
- **Wir haben die Ausbildungsgarantie auf den Weg gebracht, um jungen Leuten eine Perspektive zu bieten.** Dazu haben wir die Jugendberufsagentur ins Leben gerufen und mit der „Bremer Berufsqualifizierung“ ein neues Instrument in der Ausbildungslandschaft geschaffen. Ziel ist es, dass alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen bekommen.
- **Tarifverträge sollen gestärkt werden.** Auf unsere Initiative hin hat die Bürgerschaft beschlossen, dass diese leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Damit wollen wir dem Problem entgegenreten, dass immer weniger Betriebe der Tarifbindung unterliegen. Denn gute Arbeit muss fair und möglichst überall gleich bezahlt werden.
- **Wir fördern den beruflichen Aufstieg.** Wer sich weiterqualifiziert und etwa einen Meistertitel anstrebt, erhält in Bremen jetzt eine Förderung von 4.000 Euro. Wir haben diese Förderung deutlich breiter als zum Beispiel in Niedersachsen aufgestellt: Die Prämie erhalten bei uns nicht nur Handwerksmeister, sondern alle Menschen, die sich für höhere Aufgaben weiterqualifizieren, damit möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon profitieren.

DER MINDESTLOHN MUSS ZUM LEBEN REICHEN!

Wer von Steuergeld bezahlt wird, muss auch einen ordentlichen Lohn erhalten. Dieser muss ein Leben ohne staatliche Unterstützung ermöglichen. Die SPD-Fraktion hat daher beschlossen, dass der Landesmindestlohn auf 10,93 Euro steigen soll.

Wer Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben können. Davon ist die SPD-Fraktion überzeugt. Die Beschäftigten müssen davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Der aktuell bundesweit gültige Mindestlohn in Höhe von 9,19 Euro reicht dafür aber nicht aus. Das hat eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung ergeben. Diese hatte für unterschiedliche Großstädte ermittelt, wie hoch der Mindestlohn sein müsste, damit jemand, der Vollzeit arbeitet, seinen Lebensunterhalt decken kann, ohne aufstocken zu müssen. Für Bremen kam die Stiftung dabei auf einen Betrag von 10,53 Euro pro Stunde. Das liegt deutlich über der bundesweit gültigen Lohnuntergrenze



und damit auch unter dem Bremer Landesmindestlohn, der derzeit daran gekoppelt ist.

Die SPD-Fraktion hat daher beschlossen, dass der Landesmindestlohn auf 10,93 Euro steigen soll. Der Betrag ergibt sich

dadurch, dass die Höhe des Landesmindestlohns künftig an die Entgeltgruppe 1, Stufe 4 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder gekoppelt werden soll – auch, was zukünftige Tarifsteigerungen angeht. Und er liegt über dem von der Hans-Böckler-Stiftung ermittelten Minimum. Er würde es den betroffenen Beschäftigten also ermöglichen, von ihrer Arbeit leben zu können.



„Wir wollen, dass alle eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Deswegen bieten wir mit LAZLO Langzeitarbeitslosen eine Perspektive. Deswegen haben wir die Ausbildungsgarantie eingeführt. Und damit Beschäftigte von ihrem Lohn auch leben können, wollen wir eine Erhöhung des Landesmindestlohns erreichen.“

Sybille Bösch
stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Arbeit und Gleichstellung



„Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt. Deswegen haben wir Schritte unternommen, um dies zu ändern. Denn es muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Wir haben aber auch auf den Weg gebracht, dass Frauen besser unterstützt werden, wenn sie schwanger sind oder gerade ein Kind bekommen haben. Wichtig ist für uns auch, dass Alleinerziehende besser unterstützt werden.“

Petra Jäschke



Mehr zum Thema Arbeit
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik/arbeit

MEHR PLATZ FÜR GEWERBE

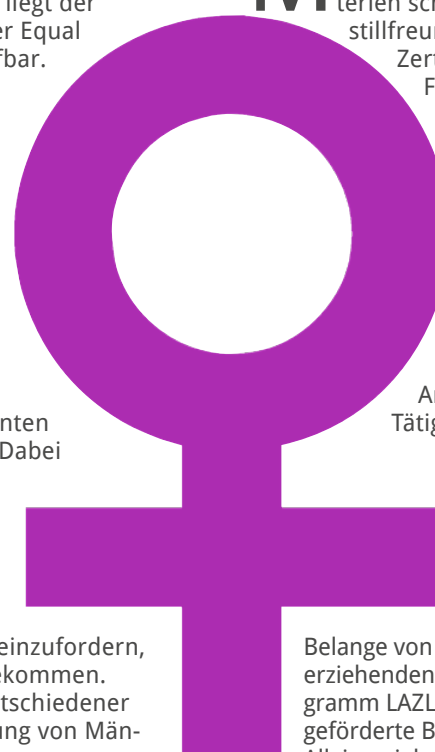


Damit Bremens Wirtschaft weiter wachsen kann und dadurch weitere Arbeitsplätze entstehen können, brauchen die Unternehmen Platz. Sie brauchen Flächen, um sich dort ansiedeln oder vergrößern zu können. Die SPD-Fraktion hat sich dazu früh in dieser Legislaturperiode klar aufgestellt. Sie hat ein Positionspapier verabschiedet, in dem sie sich deutlich dafür ausspricht, dass in Bremen mehr Gewerbeflächen entstehen sollen. In der Folge hat sie das Thema immer wieder in Anträgen und Anfragen aufgegriffen und konkrete Vorschläge zur weiteren Entwicklung gemacht. Dabei hat sie auch kleine und mittelständische Unternehmen in den Blick genommen, denn auch diese Firmen sind auf für sie passende, in der Regel kleinere Flächen angewiesen. Mit Unterstützung der SPD-Fraktion wurde zudem das Strategiepapier „Roter Teppich für goldenen Boden“ verabschiedet, das gezielt den Bedarf von Handwerk und Kleingewerbe in den Blick nimmt, um auch hier die speziellen Anforderungen zu erfüllen.

FRAUEN VERDIENEN MEHR – WIR WOLLEN, DASS SIE ES BEKOMMEN!

Die Gleichstellung von Männern und Frauen – auf dem Arbeitsmarkt ist sie teilweise noch immer nicht umgesetzt. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen. Und noch immer haben sie mit spezifischen Problemen zu kämpfen. Die SPD-Fraktion ist diese Probleme mit unterschiedlichen Initiativen angegangen.

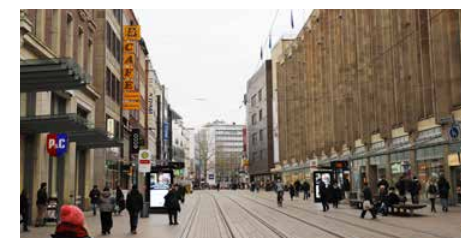
In jedem Jahr erinnert der Equal Pay Day daran: Frauen verdienen im Schnitt deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Um 21 Prozent liegt der durchschnittliche Verdienst darunter. Der Equal Pay Day macht diese abstrakte Zahl greifbar. Denn bis zu diesem Tag haben Frauen rechnerisch umsonst gearbeitet, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. In diesem Jahr ist dieser Tag am 18. März – das neue Jahr ist dann 77 Tage alt. Für diese Ungleichbehandlung gibt es unterschiedliche Gründe. Etwa ein Drittel ist aber Schätzungen zufolge auf ungerechte Bezahlung zurückzuführen. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft beschlossen, dass bisherige Erfahrungen mit dem sogenannten eg-check-Verfahren untersucht werden. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, das Ungleichheiten untersucht, Ursachen aufzeigt und die daraus resultierenden Auswirkungen ausrechnet. Vor allem Frauen sollen so die Möglichkeit erhalten, die Gehälter ihrer Kollegen zu erfahren und im Zweifelsfall das einzufordern, was ihre männlichen Kollegen bereits bekommen. Auch im öffentlichen Dienst soll noch entschiedener als bislang gegen eine ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen vorgegangen werden.



Mütter und Frauen, die es werden, sollen Kind und Beruf besser vereinbaren können. So sollen Kriterien schwangerengerechter Arbeitsplätze oder stillfreundlicher Betriebe bei der Vergabe von Zertifikaten stärker berücksichtigt werden, die Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familien und Beruf bescheinigen. Insbesondere für den öffentlichen Dienst soll es zudem eine Informationskampagne geben, wie Berufstätigkeit in der Schwangerschaft bis zum Erreichen der Mutterschutzfrist möglich ist. In den Bereichen Erziehung, Bildung und Pflege soll zudem eine Impfberatung erfolgen und entsprechende Angebote gemacht werden, damit Schwangere vor Ansteckungen geschützt werden und ihrer Tätigkeit weiter nachgehen können.

Alleinerziehende Frauen stehen oft vor besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben uns daher dafür eingesetzt, dass Angebote des Jobcenters gezielt auch daraufhin überprüft werden, ob sie die besonderen Belange von Frauen, und hier insbesondere von Alleinerziehenden, angemessen berücksichtigen. Auch im Programm LAZLO, das Langzeitarbeitslosen durch öffentlich geförderte Beschäftigung eine Chance bietet, werden Alleinerziehende gezielt in den Blick genommen.

INNENSTADT IM WANDEL



Die Bremer Innenstadt ist im Wandel, und sie wird ihr Gesicht in den kommenden Jahren grundlegend verändern. Das City-Gate am Bahnhof, das bald fertiggestellt ist, ist dafür ein ebenso prägnantes Beispiel wie die Pläne für die Neuordnung des Komplexes aus Karstadt, Parkhaus Mitte und Kaufhof, die Pläne für die Jacobs-Höfe oder für das Sparkassengelände. Das ist auch eine wirtschaftliche Chance, denn so können Arbeitsplätze neu entstehen oder erhalten werden. Die SPD-Fraktion hat diesen Prozess von Anfang an eng begleitet. So haben die jeweiligen Investoren auf einer zusammen mit den Grünen ausgerichteten Veranstaltung erstmals gemeinsam auf einem öffentlichen Podium ihre Pläne vorgestellt. Die Sozialdemokraten haben aber auch einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der die Vorhaben generell unterstützt und politisch flankiert, in dem aber auch klare Zielvorstellungen formuliert werden, wie die Bremer Innenstadt noch attraktiver gestaltet werden soll.



„Als Parlamentarier sind wir nicht nur Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Wir sind auch Ansprechpartner. Wer ein konkretes Anliegen hat, kann sich mit einer Petition an uns wenden. Nicht immer setzt man sich dann mit seinem Anliegen durch. Aber eines ist sicher: Wir setzen uns mit jeder Forderung gewissenhaft auseinander. Auch das ist gelebte Demokratie. Und Politik für alle.“

Insa-Peters Rehwinkel
Sprecherin für Petitionen

UNGLEICHES MUSS AUCH UNGLEICH BEHANDELT WERDEN

Bremen und Bremerhaven kämpfen gegen die zunehmende Spaltung von Arm und Reich. Die Politik kann diese Probleme nicht allein lösen. Sie kann aber Teilhabechancen ermöglichen. Und die SPD-Fraktion ist überzeugt: Dies gelingt dann am besten, wenn Ungleiches auch ungleich behandelt wird. So hat sie es in einem Beschluss festgehalten und umgesetzt – zum Beispiel in Gröpelingen.

Das Gießkannenprinzip – also die gleichmäßige Verteilung von Geld überall in der Stadt – ist ein auf den ersten Blick ausgeglichenes System. Doch gerecht ist es nicht. Deswegen hat die SPD-Fraktion in einem Beschluss festgehalten, dass in Bremen und Bremerhaven ein anderes Vorgehen notwendig ist. Eines, das die Menschen, deren Lebenssituation durch einen hohen Grad an Benachteiligung gekennzeichnet ist, stärker unterstützt als jene Menschen, die nicht benachteiligt oder sogar privilegiert sind. Das heißt: Es soll überall im Bundesland eine gute, ausreichende Standardversorgung geben. Alle darüber hinaus

gehenden Anstrengungen – im Bildungsbereich, bei der Kinderbetreuung oder bei der Jugendförderung – sollen auf die Quartiere mit den schlechtesten Sozialindikatoren fokussiert werden.

Diese Zielsetzung haben die Sozialdemokraten auch konkret umgesetzt. So haben sie sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die sozialen Projekte auf dem Gelände des ‚Wilden Westens‘ in Gröpelingen erhalten werden. Die für den Stadtteil wichtigen Einrichtungen wie die Suppenküche, der pädagogische Mittagstisch sowie das Spielhaus können auf diese Weise fortgeführt werden. Genau dies hatte die SPD-Fraktion schon früh in einem Bürgerschaftsantrag gefordert. Zusätzlich soll auf dem Gelände ergänzend eine Kita entstehen.



Die SPD-Fraktion setzt sich zudem dafür ein, dass Gröpelingen mit flächendeckendem, kostenfreien W-Lan ausgestattet wird. Dazu hat sie beim Senat die Bereitschaft erfragt, gemeinsam mit der Freifunk-Initiative ein entsprechendes Projekt auf den Weg zu bringen. Denn die Digitalisierung hält Einzug in nahezu alle Lebensbereiche – und es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob Menschen an diesem Wandel teilhaben können oder nicht.

PFLEGE WIRD VERBESSERT

Die Pflege besser zu organisieren ist eine der zentralen sozialpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Dies wird zweifellos eine große Aufgabe, und Bremen hat sich mit einer Neufassung des Wohn- und Betreuungsgesetzes auf den Weg gemacht, diese Aufgabe anzugehen. So sieht das neue Gesetz unter anderem vor, dass der Betreuungsschlüssel im Nachtdienst von bisher einem Pfleger auf 50 Patienten auf das Verhältnis 1:40 abgesenkt wird. Dafür hatte sich die SPD-Fraktion von Anfang an eingesetzt. Diese Senkung bedeutet eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegerinnen und Pflegern – und damit auch eine Verbesserung für diejenigen, die gepflegt werden. Außerdem ist in der Neufassung des Gesetzes die Rolle der Heimaufsicht gestärkt worden. Sie kann nun zumindest in einem Teil der Fälle auch mobile Pflegedienste kontrollieren. Und sie ist als Anlaufstelle für Heimbewohner und Angehörige gestärkt worden. Denn auch wenn der weit überwiegende Teil der Einrichtungen gute Arbeit leistet, brauchen die Betroffenen und ihre Angehörigen eine Instanz, an die sie sich bei Beschwerden wenden können – ohne Angst davor haben zu müssen, dass ihre Beschwerde für sie negative Konsequenzen hat.



Mehr zum Thema Soziales unter:
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik/soziales-jugend

BESSERE HILFE BEI SEXUALISierter GEWALT

Mehr als eine Million Kinder und Jugendliche sind Schätzungen zufolge Opfer sexualisierter Gewalt geworden. Das ist eine erschreckend hohe Zahl. Und für die Opfer führt dies zu großen seelischen Belastungen, Traumata, nicht selten werden ganze Lebensläufe zerstört. Deshalb ist es wichtig, dass diese Menschen Hilfe erhalten, und in Bremen gibt es eine Vielzahl von spezialisierten Beratungsstellen, die eine hervorragende und wichtige Arbeit leisten, wie zum Beispiel Schattenriss oder das Bremer Jungenbüro. Damit diese Beratungsstellen ihrer Arbeit nachkommen können, brauchen sie eine gute und verlässliche Finanzierung. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft daher eine Änderung der Finanzierung beschlossen. Künftig müssen die Einrichtungen die Förderung nur noch einmal im Jahr beantragen. Dadurch werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlastet, die sich nun weniger um die Finanzierung kümmern müssen und sich stattdessen um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können: die Beratung. Die SPD-Fraktion hat sich außerdem dafür eingesetzt, dass die Opfer sexualisierter Gewalt auf Bundesebene einen Rechtsanspruch auf Beratung erhalten, sodass die Betroffenen überall in Deutschland die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

AUS GEFLÜCHTETEN WERDEN BREMERINNEN UND BREMER



Tausende Menschen hat ihre Flucht vor Krieg und Vertreibung in den vergangenen Jahren nach Bremen geführt – eine Herausforderung, die auch dank des ehrenamtlichen Engagements vieler Bremerinnen und Bremer bewältigt werden konnte. Die SPD-Fraktion hat schon früh Initiativen auf den Weg gebracht, um diese Menschen bestmöglich zu integrieren.

In der Anfangsphase ging es vor allem darum, die Geflüchteten menschenwürdig unterzubringen. Das ist gelungen aufgrund des herausragenden ehrenamtlichen Engagements vieler Bremerinnen und Bremer – und nicht zuletzt auch, weil die Sportvereine bereit waren, ihre Hallen als Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Dafür gebührt ihnen großer Dank, und dies zeigt, dass Bremen und Bremerhaven weltoffene Städte sind. Es war, ist und bleibt aber eine Aufgabe, diejenigen Geflüchteten, die in Bremen bleiben dürfen, zu integrieren. Für die SPD-Fraktion ist dabei klar: Aus Geflüchteten sollen Bremerinnen und Bremer

werden. Die SPD-Fraktion hat schon im Jahr 2015 eine Initiative erarbeitet, mit dem Ziel, dafür frühzeitig die Weichen zu stellen. Die Planungen, etwa beim Wohnungsbau, bei Schul- oder Kitaplätzen, sollten an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Diesen Weg hat sie weiterverfolgt, hat in Anträgen und Anfragen immer wieder gezielt Verbesserungen für die Geflüchteten eingefordert und etwa mit einer Initiative, die Geflüchtete gezielt zu Adressaten eines Sonderprogramms zur Fachkräftesicherung in der Altenpflege machte, verdeutlicht, was Einwanderung sein kann: Ein Gewinn – für beide Seiten.



„Wir haben uns für diejenigen eingesetzt, die unsere Hilfe brauchen. Es kann nicht sein, dass das Existenzminimum so berechnet wird, dass es nicht zum Leben reicht! Und es kann nicht sein, dass Bezieher von Grundsicherung im Alter schlechter gestellt werden als Bezieher von Hartz IV! Wichtig ist auch, dass wir Verbesserungen bei der Pflege und für Beratungsstellen erreicht haben.“

Klaus Möhle
Sprecher für Soziales



„Integration ist und bleibt eine zentrale Aufgabe für uns. In den vergangenen Jahren haben wir hier vor großen Herausforderungen gestanden, die wir auch dank des Engagements vieler Bremerinnen und Bremer meistern konnten. Für uns steht fest: Wir wollen, dass aus den Menschen, die zu uns kommen, Bremerinnen und Bremer werden. Davon werden beide Seiten profitieren.“

Valentina Tüchel
Sprecherin für Integration

FÜR EIN FAIR BERECHNETES EXISTENZMINIMUM!

Das Existenzminimum, das als Grundlage für die Berechnung von Hartz IV oder Grundsicherung im Alter dient, deckt nicht ab, was man zum Leben braucht. Deswegen soll es fairer berechnet werden. Die SPD-Fraktion hat sich zudem gegen Altersarmut stark gemacht.

Die SPD-Fraktion setzt sich für eine faire Berechnung des Existenzminimums ein. Eine entsprechende Initiative hat sie in die Bürgerschaft eingebracht, wo sie beschlossen wurde. Hintergrund ist, dass zur Berechnung des Existenzminimums eine Bezugsgruppe herangezogen wird, zu der auch die sogenannten „verdeckt Armen“ gehören. So wird der ermittelte Betrag, der das Mindeste, was man zum Leben braucht, abdecken soll, zu Ungunsten der Empfänger von Hartz IV und Grundsicherung im Alter verzerrt. Sozial- und Wohlfahrtsverbände gehen davon aus, dass die Lücke, damit es zum Leben reicht, bei erwachsenen Einzelpersonen bei bis zu 100 Euro liegt. So ist das tatsächliche Existenzminimum in der Realität nicht abgedeckt. Deshalb hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion den Senat aufgefordert, sich auf



Bundesebene dafür einzusetzen, dass hier in Abstimmung mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ein neues Verfahren entwickelt wird, das ein Existenzminimum errechnet, das auch wirklich zum Leben reicht.

Die SPD-Fraktion hat sich zudem gezielt gegen Altersarmut eingesetzt. Sie hat einen Antrag erarbeitet, in dem sie auf Bundesebene Anpassungen fordert, um die Benachteiligung von Empfängern von „Grundsicherung im Alter“ zu beenden. Freibeträge und der Anteil, der bei einem Hinzuverdienst behalten werden darf, sollen an die Regelungen beim Arbeitslosengeld II angeglichen werden, sodass Betroffene mit Eintritt in die Altersgrundsicherung nicht mehr zunächst ihre letzten Rücklagen aufbrauchen müssen, ehe sie staatliche Hilfe erhalten.



Mehr zum Thema Integration:
[www.spd-fraktion-bremen.de/
politikfelder/integration](http://www.spd-fraktion-bremen.de/politikfelder/integration)

BREMER KLINIKVERBUND STÄRKEN – ZUKUNFT ABSICHERN

Kommunale Kliniken sind heute mehr denn je unverzichtbarer Bestandteil einer öffentlichen Daseinsvorsorge. In Kooperation mit den frei-gemeinnützigen und privaten Kliniken in Bremen sichern die kommunalen Kliniken die hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung. Und dafür gibt Bremen auch in finanziell angespannten Zeiten Geld aus: Mehr als 140 Millionen Euro sind seit 2016 für Investitionen in alle Bremer Kliniken bereitgestellt worden. Und der Gesundheit Nord (Geno) wurde zusätzlich geholfen, um sie von den Kosten des Neubaus des Klinikums Mitte zu entlasten.

Fakt ist: Krankenhäuser überall in Deutschland stehen weiter vor großen finanziellen und strukturellen Herausforderungen. Das gilt auch in Bremen, und das gilt auch für den kommunalen Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno). Er hat sich mit dem „Zukunftskonzept 2025“ auf den Weg gemacht, sich medizinisch und wirtschaftlich erfolgreicher aufzustellen. Die Planung und die bisherige Umsetzung des Zukunftskonzepts hat die SPD-Fraktion dabei eng begleitet. Denn klar ist auch: Wenn es immer wieder zu Verlusten im Millionenbereich kommt, ist die Geschäftsführung gefordert, Vorschlä-



ge zu machen, wie die Geno in finanziell ruhigeres Fahrwasser kommen kann. Die Geno hat dabei die richtige Richtung eingeschlagen und zwingend notwendige Veränderungen eingeleitet. Die Standorte Mitte, Ost, Links der Weser und Nord sollen und müssen ihre Profile schärfen. Und dazu gehört auch, Leistungen an einem der Standorte zu konzentrieren – und sie an einem anderen eben nicht mehr in großem Umfang vorzuhalten. Für die SPD-Fraktion steht aber auch fest: Wir stehen zu allen vier Geno-Standorten! Nur mit vier gut aufgestellten Kliniken kann der Verbund auch in Zukunft erfolgreich arbeiten.

Auf diesem schwierigen Weg hat Bremen die Kliniken auch finanziell unterstützt. Die Bürgerschaft beschloss auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion 2018, der Geno mit 200 Millionen Euro unter die Arme zu greifen, um sie von den hohen Schulden durch den Neubau des Klinikums Mitte zu entlasten. Denn klar ist auch: Die Geno ist mit ihren etwa 7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber in Bremen – und sie bleibt unverzichtbar, um die medizinische Versorgung in Bremen, aber auch darüber hinaus in der gesamten Region sicherzustellen.

§ 219a RECHT AUF INFORMATION STÄRKEN!

Schwangere, die sich für einen Abbruch entscheiden, benötigten vor allem kompetente Informationen und müssen wissen, an welchen Arzt oder welche Ärztin sie sich dazu wenden können – nur so wird ihnen die freie Arztwahl und eine informierte Entscheidung ermöglicht. Ärztinnen und Ärzte wiederum müssen darüber informieren dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen und wie dieser Eingriff vonstattengeht. Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür eingesetzt, den § 219a des Strafgesetzbuches schnellstmöglich zu streichen.

Gleichzeitig sollen die Frauen im Land Bremen sich angemessen informieren können. Zu diesem Zweck soll in allen Bremer und Bremerhavener Beratungsstellen, die nach dem Bremischen Schwangeren Beratungsgesetz Hilfe und Beratung anbieten, eine Liste der Ärztinnen und Ärzte einsehbar sein, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ein zuverlässiges Verzeichnis ist insbesondere auch erforderlich, um ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen sicherzustellen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen – so wie es das Schwangerschaftskonfliktgesetz vorschreibt.

PSYCHOTHERAPEUTISCHE VERSORGUNG SICHERN!

Menschen in seelischen Krisen oder mit psychischen Erkrankungen brauchen eine schnelle und passgenaue Behandlung. Deshalb hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, dass die ambulanten Hilfen in den Quartieren so ausgebaut werden, dass sie niedrigschwellig für alle Menschen erreichbar sind und Betroffene genau die Hilfen bekommen, die sie in ihrer individuellen Situation benötigen. Die Weiterentwicklung der Psychiatriereform hat sie in der Deputation für Gesundheit eng begleitet und auf eine weitere Verbesserung der psychotherapeutischen und psychiatrischen Angebote in Bremen und Bremerhaven hingewirkt.

Psychotherapie kann jedoch nur funktionieren, wenn sich Patient und Therapeut auch verstehen. Patienten, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, finden oft gar keine Psychotherapeuten, die eine Behandlung in ihrer Muttersprache anbieten können. Deshalb hat die SPD-Fraktion sich dafür eingesetzt, dass die Krankenkassen zukünftig die Kosten für Dolmetscher übernehmen. Außerdem soll Mehrsprachigkeit der Therapeuten zu einem Zulassungskriterium für Kassenärzte werden.

SCHULGELDFREIHEIT FÜR THERAPIEBERUFE

Die Ausbildung für angehende Physio- und Ergotherapeuten sowie Logopäden soll kostenlos werden. Auch um den Fachkräftemangel in diesen Berufen zu beheben, setzt die SPD-Fraktion sich seit Längerem dafür ein, dass die Auszubildenden in diesen Berufen kein Schulgeld mehr zahlen müssen.

Damit es auch zukünftig ausreichend qualifizierte Therapeuten gibt, sollen die Absolventinnen und Absolventen der Fachschulen sich nicht aus finanziellen Gründen gegen eine Ausbildung entscheiden müssen oder diese nur mit Schulden abschließen können.

Mit dem Haushalt 2018/19 ist in Bremen der Einstieg in die Schulgeldfreiheit mit einem ersten Schritt gelungen: Seit dem 1. Oktober 2018 erhalten alle Schülerinnen und Schüler der Ergotherapie-, Physiotherapie- und Logopädieschulen einen Zuschuss aus Haushaltsmitteln, der zu einer Senkung des Schulgeldes von durchschnittlich 459 Euro auf nun 247 Euro geführt hat. Um eine vollständige Schulgeldfreiheit zu erreichen, führt das Gesundheitsressort zurzeit intensive Gespräche mit den Trägern der Schulen und den Krankenkassen.

FREIE KASSENWAHL – AUCH FÜR BEAMTE

Die Ungleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten bei der Krankenversicherung wird beendet. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen.

Bisher müssen Beamtinnen und Beamte, die sich freiwillig gesetzlich versichern wollen, neben dem GKV-Beitrag auch den sogenannten Arbeitgeberanteil vollständig selbst tragen. In der Regel wählen sie deshalb verständlicherweise eine 50-prozentige Absicherung durch eine private Krankenversicherung, während der Staat in Form der Beihilfe die andere Hälfte der anfallenden Kosten der Gesundheitsversorgung zahlt. Der Senat soll jetzt jedoch die rechtlichen Grundlagen für das sogenannte „Hamburger Modell“ schaffen. Dieses soll es Beamten ermöglichen, zwischen der privaten und der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem pauschalen Beihilfezuschuss zu wählen – ohne finanzielle Nachteile. Dadurch entsteht zunächst für

neu eingestellte Bremer Beamtinnen und Beamte eine tatsächliche Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung. Geprüft werden soll aber auch, wie auch diejenigen Bestandsbeamten in diese Regelung einbezogen werden können, die sich bisher freiwillig gesetzlich versichert haben. Von besonderer Bedeutung ist die Neuregelung zudem für Menschen mit Behinderung: Sie haben in der Regel trotz Beamtenstatus keine Möglichkeit, sich privat zu versichern. Sie sind daher gezwungen, in die gesetzliche Krankenversicherung zu gehen, zahlen dort bisher zwangsläufig aber auch den Arbeitgeberanteil und sind im Ergebnis dadurch noch zusätzlich belastet. Auch diese Ungerechtigkeit soll durch die Neuregelung beseitigt werden.



„Wir haben uns dafür eingesetzt, die medizinische Versorgung der Bremerinnen und Bremer in unseren Krankenhäusern, aber gerade auch vor Ort in den Quartieren zu verbessern. Außerdem stärken wir unser solidarisches gesetzliches Versicherungssystem, indem wir Beamtinnen und Beamten eine echte Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung eröffnen.“
Steffi Dehne
Sprecherin für Gesundheit und Verbraucherschutz

MEDIZINISCHE VERSORGUNG SOLL VERBESSERT WERDEN „HOMO-HEILER“ SOLLEN VERBOTEN WERDEN

In medizinischen Notfällen, aber auch bei nicht-lebensbedrohlichen Beschwerden, sollen Patientinnen und Patienten schnell und passgenau die Hilfe erhalten, die sie benötigen. Insbesondere Notfallpatientinnen und Notfallpatienten sind dabei in ihrer akuten Lage auf nachvollziehbare Strukturen angewiesen, die sie bei der Wahl der richtigen Anlaufstelle unterstützen. Deshalb sollen auf Initiative der SPD-Fraktion künftig die Leistungen des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes und der Notaufnahmen in Form von integrierten Notfallzentren unter einem Dach zusammengeführt werden. Diese Anlaufstellen sollen an einem Krankenhaus angesiedelt und rund um die Uhr geöffnet sein. Darüber hinaus hat sich die SPD-Fraktion weiter für mehr gesundheitliche Chancengleichheit und eine Verbesserung der ambulanten Gesundheitsversorgung in den Quartieren eingesetzt. Dabei wurde insbesondere die Verteilung von Haus- und Kinderarztpraxen durch die Kassenärztliche Vereinigung über das Stadtgebiet in den Fokus genommen. Diese Arztpraxen finden sich nach wie vor in belasteten Stadtteilen weitaus seltener als in bessergestellten. Durch eine kleinteiligere Verteilung könnte insbesondere in den belasteten Stadtteilen ein großer Beitrag zu einer wirklichen Verbesserung der medizinischen Versorgung der Menschen geleistet werden.

Homosexualität ist keine Krankheit und bedarf keiner Behandlung! Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft – eine Woche nach dem Bremer Christopher Street Day (CSD) 2018 – einstimmig einen Antrag beschlossen, der den Senat auffordert, sich im Bundesrat für ein Verbot von sogenannten Konversionstherapien einzusetzen. Denn die Zeiten, als Homosexualität – auch in Deutschland – eine Straftat gewesen ist oder im Diagnosekatalog der Weltgesundheitsorganisation aufgeführt war, sind zwar lange vorbei. Doch lebt die absurde Idee, bestimmte sexuelle Identitäten oder geschlechtliche Orientierungen seien krankhaft, bis heute in Teilen der Gesellschaft fort. Auch heute noch bieten selbsternannte „Homo-Heiler“ fragwürdige sogenannte Konversionstherapien an, durch die homo-, und teilweise auch trans- oder intersexuelle Jugendliche und junge Erwachsene „geheilt“ werden sollen – oft mit traumatischen Folgen für die Betroffenen. Darin zeigt sich für die SPD-Fraktion nicht nur ein völlig falsches Bild von menschlicher Sexualität, es verletzt auch elementare Rechte. Leider werden Schwule und Lesben auch heute noch nicht überall akzeptiert – im Gegenteil. Für die SPD-Fraktion steht jedoch fest: Homosexualität ist ein selbstverständlicher Teil der menschlichen Natur. Und wir akzeptieren nicht, dass dies anders gesehen oder „behandelt“ wird.



„Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass alle Menschen einen guten und passgenauen Zugang zu der medizinischen und psychotherapeutischen Behandlung bekommen, die sie brauchen. Wir haben uns dafür eingesetzt, den Zugang der Menschen zu Behandlungsangeboten zu verbessern und dabei insbesondere auch den Ausbau mehrsprachiger psychotherapeutischer Angebote in den Fokus genommen.“
Mehmet Ali Seyrek



Mehr zum Thema
Gesundheit:
[www.spd-fraktion-bremen.de/
politikfelder/gesundheit/](http://www.spd-fraktion-bremen.de/politikfelder/gesundheit/)



„Kultur ist ein wichtiger Integrationsfaktor, der dabei hilft, Brücken zwischen den Menschen zu bauen. Deswegen setzen wir uns für einen eintrittsfreien Tag in Museen ebenso ein wie für eine stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in kulturellen Einrichtungen. Wir wollen, dass alle Menschen an Kultur teilhaben und Akteure sein können – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel.“

Elombo Bolayela
Sprecher für Kultur



„Der öffentliche Rundfunk muss sich verändern. Er muss transparenter werden. Er muss sich an die veränderte Mediennutzung anpassen. Und er muss einen größeren Nutzen für die Menschen haben. Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Und wir haben dafür gesorgt, dass mehr gesellschaftliche Gruppen im Rundfunkrat vertreten sind.“

Rainer Hamann
Sprecher für Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit



Ein Überblick über alle Politikfelder:
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik

KULTUR FÜR ALLE!



Foto: Joachim Kohler Bremen/ wikipedia

Wir wollen Kultur für alle – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel. Deswegen haben wir uns für einen eintrittsfreien Tag in Museen stark gemacht, der nun als Modellprojekt umgesetzt wird. Deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, dass auch Subkultur in Bremen ihren Platz hat. Und deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, Menschen mit Migrationshintergrund auch in das kulturelle Leben Bremens besser zu integrieren.

Es soll keine Frage des Geldbeutels sein, ob die Bremerinnen und Bremer sich einen Besuch im Museum leisten können. Deswegen haben wir einen eintrittsfreien Tag in diesen Einrichtungen als Ziel formuliert. Und der Senat setzt auf unsere Initiative hin nun ein entsprechendes

Pilotprojekt um. In Gesprächen mit dem Focke-Museum und dem Übersee-Museum sollen die Kosten dafür detailliert ermittelt werden. Und das Gerhard-Marcks-Haus soll ein Modellprojekt anstoßen, um Menschen, die bislang nicht ins Museum gehen, anzulocken.

Wir haben zudem parlamentarisch dafür gesorgt, dass Kultureinrichtungen und Migrantenorganisationen noch enger zusammenarbeiten, damit Menschen mit Migrationshintergrund gezielt angesprochen werden und die kulturelle Landschaft Bremens bereichern. Und schließlich haben wir dafür gesorgt, dass auch die Subkultur in Bremen ihren Platz hat: Wir haben uns dafür stark gemacht, dass der Verein Zucker eine dauerhafte Heimat im Hochbunker in der Überseestadt erhält.

RUNDFUNK ZUKUNFTSFEST AUFGESTELLT

Vorschläge für einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mehr Vielfalt im Rundfunkrat, die Neuaufstellung der Bürgermedien und eine Stärkung des Plattdeutschen – auch im Bereich Medienpolitik hat die SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren vieles bewegt.

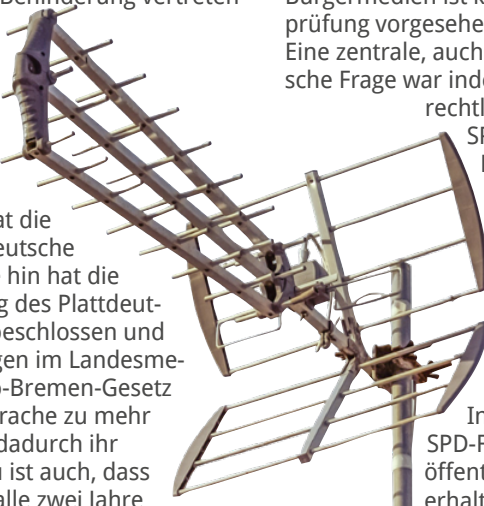
So sind im Zuge einer Neufassung des Radio-Bremen-Gesetzes auf Antrag der SPD-Fraktion Vertreter des Lesben- und Schwulenverbandes ebenso in den Rundfunkrat aufgenommen worden wie ein Mitglied der Humanistischen Union und ein Vertreter des Landesteilhabebeirats, der die Interessen von Menschen mit Behinderung vertreten soll. Auch die Aleviten und der Bundesrat für Nedderdütsch erhalten einen Sitz. Damit ist die gesellschaftliche Vielfalt in diesem Gremium besser abgebildet.

Doch nicht nur dadurch hat die SPD-Fraktion das Niederdeutsche gestärkt. Auf ihre Initiative hin hat die Bürgerschaft eine Stärkung des Plattdeutschen im Medienbereich beschlossen und entsprechende Anpassungen im Landesmediengesetz und dem Radio-Bremen-Gesetz vorgenommen, um der Sprache zu mehr Präsenz zu verhelfen und dadurch ihr Überleben zu sichern. Neu ist auch, dass die Landesmedienanstalt alle zwei Jahre

einen Bericht zu diesem Thema erstellen soll. Gestärkt und neu aufgestellt wurde auch der Bürgerrundfunk. Schon der Name deutet es an: So firmiert der für alle offene Kanal künftig unter dem Titel Bürgermedien. Und das nicht ohne Grund. Denn im Landesmediengesetz ist nun vorgesehen, dass seine Möglichkeiten im Internet erweitert werden. So soll es eine Mediathek geben, in der die Beiträge dauerhaft abgerufen werden können – eine Anpassung, die sich an der allgemein veränderten Mediennutzung orientiert. Zudem erhält er die Möglichkeit, Beiratsitzungen zu übertragen. Zur weiteren Entwicklung der Bürgermedien ist künftig eine regelmäßige Überprüfung vorgesehen.

Eine zentrale, auch überregionale medienpolitische Frage war indes die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die

SPD-Fraktion hat sich in diese Diskussion aktiv eingebracht, indem sie gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner in einem Antrag Forderungen zur zukünftigen Aufstellung der Anstalten gestellt hat – etwa zu größerer Transparenz und einer zeitgemäßen Nutzung der Möglichkeiten des Internets. Dabei steht für die SPD-Fraktion aber außer Frage: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss erhalten bleiben.



ALLE BREMER SOLLEN SCHWIMMEN KÖNNEN

Wir wollen, dass möglichst alle Menschen in Bremen und Bremerhaven schwimmen lernen. Um das zu erreichen, haben wir ein entsprechendes Konzept mit verschiedenen Maßnahmen auf den Weg gebracht. Und wir stehen zu unseren Bädern: Mit dem Bäderkonzept sichern wir die entsprechenden Investitionen zum Erhalt unserer „Wasserflächen“ ab – und haben jetzt beim Westbad noch einmal deutlich nachjustiert.



Jedes Kind soll Schwimmen lernen – das ist unser Ziel. Die Bürgerschaft hat daher auf unsere Initiative hin einen Antrag beschlossen, der den Senat zur Erstellung eines Konzeptes auffordert, aus dem hervorgeht, wie die Quote der sicheren Schwimmer erhöht werden kann. Und mit diesem Konzept hat sich Bremen mittlerweile auf den Weg gemacht, um dieses Ziel zu erreichen. So ist etwa vorgesehen, dass künftig schon im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung systematischer erfasst wird, ob und wie gut die Kinder schwimmen können. Außerdem wird der Schwimmunterricht von der dritten in die zweite Klasse vorverlegt und auf 45 Minuten effektive Zeit im Wasser verlängert.

Gleichzeitig wollen wir aber auch den außerschulischen Bereich stärken. Der Landesschwimmverband, die Landessportjugend und die DLRG machen auch jetzt schon wertvolle Angebote, mit denen Kinder früh erreicht werden. Diese Angebote sind ein wichtiger Beitrag, Kindern möglichst früh das Schwimmen beizubringen – deshalb wollen wir sie unterstützen und ausbauen: Indem wir bei größerer Nachfrage für die entsprechende finanzielle Ausstattung sorgen, indem wir mehr Geld für die Aus- und Fortbildung von Übungslei-

tern bereitstellen und indem wir ihnen mehr Zeit und Raum in den Bädern zur Verfügung stellen, um ihre Angebote – von der Wassergewöhnung bis zum Schwimmkurs – zu erweitern. Wir wollen mehr Menschen zum Schwimmenlernen animieren – und in unsere Bäder locken. Preiserhöhungen, wie sie in den Bremer Bädern ursprünglich geplant waren, passen nicht dazu! Deswegen hat die Bürgerschaft auf unsere Initiative hin beschlossen, dass die diesjährige Erhöhung weitgehend ausgesetzt wird und der Senat ein Konzept für eine sozial gestaffelte Preisstruktur vorlegen soll. Unser Ziel: Ein Besuch im Schwimmbad muss insbesondere für Familien erschwinglich bleiben.

Weiter umgesetzt haben wir auch das 2014 beschlossene Bäderkonzept. In einem von uns initiierten Antrag hat die Bürgerschaft sich 2018 noch einmal klar zu den deutlichen Investitionen in unsere Bäder bekannt. Im Rahmen dieses Konzepts soll eine ohnehin notwendige Neuausschreibung des Westbades aber dazu genutzt werden, die Planungen an die gestiegenen Bedarfe anzupassen. Konkret: Das Bad soll größer werden. Denn wir finden: Steigende Kinderzahlen und sinkende Wasserflächen – das passt nicht zusammen.

HÖHERER ZUSCHUSS FÜR ÜBUNGSLEITER

Die Sportvereine in Bremen und Bremerhaven leisten jeden Tag eine wichtige Arbeit. Denn Sport fördert die Gesundheit. Und Sport im Verein leistet einen wichtigen Beitrag für das Miteinander. In einer Mannschaft oder in einer Trainingsgruppe kommt es nicht darauf an, woher man kommt oder wie viel Geld man hat. Es geht um die Gemeinschaft, das gemeinsame Ziel oder auch einfach nur um den Spaß an der gemeinsamen Bewegung.

Wir wollen die Vereine bei dieser unverzichtbaren Arbeit unterstützen. Deswegen haben wir in den Haushaltsberatungen durchgesetzt, dass der Zuschuss für ausgebildete Übungsleiterinnen und Übungsleiter um 125.000 Euro im Jahr erhöht wird. 2017 hatten die Vereine für 1.044 Übungsleiterinnen und 1.365 Übungsleiter Zuschüsse beantragt. Zuletzt war dieser Zuschuss zehn Jahre zuvor angehoben worden und betrug seitdem 1,1 Millionen Euro im Jahr.



„Die Sportvereine und -verbände spielen in Bremen eine zentrale Rolle. Dort wird jeden Tag ein aktives Miteinander vorgelebt. Hier geht es nicht um Herkunft oder Geldbeutel, sondern um die gemeinsame Aktivität und das gemeinsame Ziel. Ohne Ehrenamtliche wäre dies nicht möglich. Um die Vereine zu unterstützen, haben wir uns unter anderem dafür eingesetzt, dass die Zuwendungen für die Übungsleiterpauschale angehoben werden.“

Ingelore Rosenkötter
Sprecherin für Sport



Mehr zum Thema Sport:
[www.spd-fraktion-bremen.de/
politikfelder/sport/](http://www.spd-fraktion-bremen.de/politikfelder/sport/)



„Der Schutz unserer Umwelt und ihrer natürlichen Ressourcen muss Aufgabe für uns alle sein. Im Sinne der Zukunft nachfolgender Generationen muss der von Menschen verursachte Klimawandel eingegrenzt, ein Umstieg auf erneuerbare Energien vorangetrieben und die unnötige Produktion von Unmengen an Plastikmüll so gut es geht vermieden werden.“

Jens Crueger
Sprecher für Umwelt, Energie und Landwirtschaft



„Die Beiräte übernehmen eine wichtige politische Aufgabe in unseren Stadtteilen. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass wir sie bestmöglich unterstützen. Deswegen haben wir das Beirätegesetz so verändert, dass ihre Rechte deutlich gestärkt werden, es verbindliche Regelungen zur Mitarbeit der Verwaltung und die Möglichkeit zur Rechtsberatung gibt.“

Helmut Weigelt
Sprecher für Bürgerbeteiligung und Beiräte



Ein Überblick über alle Politikfelder:
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik



Foto: Dirk Kruse/ pixelio.de

MEHR EINFLUSS BEI MÜLLABFUHR UND STRASSENREINIGUNG

Bremen hat wieder mehr Einfluss auf Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Winterdienst. Dafür haben wir uns als SPD-Fraktion seit Langem eingesetzt. 2018 wurde dieses Ziel erreicht, und die Bürgerschaft hat die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen beschlossen. Das ist ein großer Erfolg – für die Bremerinnen und Bremer, aber auch für die Beschäftigten. Denn es ist gelungen, eine Lösung zu finden und umzusetzen, die Bremen mehr Einfluss sichert, für viele der Beschäftigten eine deutliche bessere Bezahlung bedeutet – und für die Bürgerinnen und Bürger nicht mit höheren Kosten verbunden ist. Denn die Gebühren sind stabil geblieben.

Für diese Dienstleistungen ist seit 1. Juli 2018 „Die Bremer Stadtreinigung“ zuständig. Bremen hält an dieser Anstalt öffentlichen Rechts 49,9 Prozent. Den Mehrheitsanteil hat ein privater Partner übernommen. Mit der Firma Nehlsen hat ein Unternehmen die europaweite Ausschreibung für sich entschieden, mit dem Bremen schon seit Jahren gut in diesem Bereich zusammenarbeitet.

Bremen hat dadurch wieder mehr Einfluss auf diesen Bereich, trägt aber nicht die alleinige

Verantwortung. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist dies im Hinblick auf Personal und Organisation die optimale Lösung – und sie ermöglicht es Bremen, das nötige Know-How wieder selbst aufzubauen, um in einem nächsten Schritt die Bereiche Müllabfuhr sowie Straßenreinigung und Winterdienst eventuell wieder vollständig selbst zu übernehmen.

Auch dem Thema Müllvermeidung hat sich die SPD-Fraktion angenommen: Der Coffee to go – Kaffee zum Mitnehmen – mag heute zwar zum Lifestyle gehören. Doch die Einwegbecher mit Plastikdeckel sind ein großes Problem für die Umwelt, denn sie verursachen eine Menge Müll. In Deutschland werden pro Kopf und Jahr durchschnittlich 130 solcher Becher benutzt. Das entspricht deutschlandweit 320.000 Bechern in der Stunde – und 2,8 Milliarden Bechern im Jahr. Dieser Müll könnte zumindest in großen Teilen vermieden werden. Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der die Einführung eines Mehrwegbeckersystems mit einem flexiblen Pfand- und Rückgabesystem in Bremen zum Ziel hat.

BEIRÄTEGESETZ – STÄRKUNG DER POLITIK VOR ORT

Die SPD-Fraktion hat die Rechte der Beiräte in den vergangenen vier Jahren an mehreren Stellen entscheidend gestärkt. Ergebnis ist die Novelle des Beirätegesetzes, die die Bremische Bürgerschaft Ende 2018 mit breiter Mehrheit und nach einem umfangreichen Beteiligungsprozess verabschiedet hat. Alle Neuerungen sollen die Beiräte bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen und werden dazu beitragen, dass die Beiräte besser, wirksamer und effektiver arbeiten können.

Künftig gelten verbindliche Regelungen zur Mitwirkung der Verwaltung. Dies betrifft beispielsweise festgelegte Fristen für Auskünfte oder auch die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern an Beiratssitzungen und soll dabei helfen, dass Beschlüsse und Prüfaufträge

der Beiräte von den Ressorts besser berücksichtigt werden. Sind sich Stadtteilparlamente und Verwaltung bei Entscheidungsrechten uneins, wird künftig die Fachdeputation als vermittelnde Stelle eingeschaltet. Daneben muss die Verwaltung künftig die politisch Verantwortlichen in den Fachdeputationen über Haushaltsanträge der Stadtteilparlamente informieren, damit diese bei den Haushaltsberatungen ergebnisoffen diskutiert werden können. Außerdem können Beiräte ab sofort auf eine Rechtsberatung durch das Justizressort zurückgreifen, und es wurde die Möglichkeit geschaffen, Ortsamtsleitungen in einem mehrstufigen Verfahren abzuwählen, wenn etwa das Vertrauen zwischen ihnen und dem jeweiligen Beirat verloren gegangen ist.



ES BLEIBT DABEI: UNSERE HÄFEN SICHERN ZUKUNFT

Die Häfen sind von zentraler Bedeutung für das Land Bremen als Wirtschaftsstandort. Und von noch größerer Bedeutung sind sie für Bremerhaven. Die SPD-Fraktion hat daher Millioneninvestitionen in die Häfen unterstützt, sie hat sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Hafen eingesetzt – und sie steht fest zum Bau des Offshore-Terminal.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Das Land Bremen braucht den Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB). Denn gerade Bremerhaven bietet für einen solchen Terminal durch die schon bestehende Verzahnung von Forschung, Industrie und Logistik im Windenergiebereich beste Voraussetzungen. Und der OTB bietet Chancen: Für den Klimaschutz, denn die Energiewende ist ohne einen massiven Ausbau der Offshore-Windenergie nicht zu machen. Für das Land Bremen und die Stadt Bremerhaven als Standort. Und für die Arbeitsplätze, die durch den OTB erhalten und zusätzlich geschaffen werden können. Deswegen gilt es, die Mängel, die das Verwaltungsgericht beim Planfeststellungsbeschluss benannt hat, schnellstmöglich zu beheben. Denn das Gericht hat eben auch festgestellt: Es gibt gute Gründe diesen Hafen zu bauen. Das bestätigt die SPD-Fraktion darin, dieses wichtige Projekt weiter entschieden zu verfolgen.

Bremen hat aber auch darüber hinaus die Häfen gestärkt. Allein im Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 hat die Bürgerschaft mit Unter-

stützung der SPD-Fraktion 40 Millionen Euro für Investitionen vorgesehen – zum Beispiel jeweils 11,7 Millionen Euro für die Erneuerung des Kreuzfahrtterminals sowie die Erneuerung der Baggerflotte.

Die SPD-Fraktion hat sich aber auch für die Menschen eingesetzt, die im Hafen arbeiten. So hat die Bürgerschaft auf ihre Initiative hin einen Antrag mit der Forderung beschlossen, dass das Laschen – also das Sichern und Entsichern von Ladung auf Schiffen – ausschließlich von speziell ausgebildeten Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern vorgenommen werden soll. Damit sollen die Mannschaften auf den Schiffen unterstützt werden, die das Laschen immer wieder selbst übernehmen – wodurch die Unfallgefahr steigt. Und schließlich soll dadurch die Arbeit in den Häfen erhalten werden. Denn die Automatisierung wird in den kommenden Jahren Jobs überflüssig machen. Das Laschen wird aber immer von Menschen ausgeführt werden – und diese Menschen müssen qualifiziert und fair bezahlt sein.

INVESTITIONEN IN DIE SEESTADT

Der Hafentunnel ist nur ein – wenn auch sehr großes – Beispiel dafür, dass wir in den vergangenen Jahren in die Infrastruktur Bremerhavens investiert haben. Auch Vorhaben wie die Erschließung des Gewerbe- und Industriegebiets Luneplate, der Bau einer neuen Steganlage im Neuen Hafen, der Neubau der maroden Nordmole und die Erneuerung der Kaje 66 wurde neben den großen

Investitionen im Hafenbereich beschlossen. Wir haben aber auch Investitionen unterstützt, die Bremerhaven für Touristen, aber auch für die Einwohnerinnen und Einwohner attraktiver machen. So erhielt das Deutsche Schiffahrtsmuseum mehr als sechs Millionen Euro Investitionszuschuss, und die Planung einer Extremwetterzone als neue Attraktion des Klimahauses wurde auf den Weg gebracht.

DRITTES GLEIS GEFORDERT

Die SPD-Fraktion hat sich für ein drittes Bahngleis zwischen Bremen und Bremerhaven eingesetzt und einen entsprechenden Parlamentsbeschluss erwirkt. Mit dem Gleis soll der Personenverkehr verbessert werden. Es ist aber auch nötig, um dem wachsenden Güterverkehr aus den Häfen Herr zu werden.



„Die Häfen sind für Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandort von zentraler Bedeutung. Diese Bedeutung müssen wir erhalten und ausbauen. Deswegen haben wir in die Häfen investiert, um sie noch besser für die Zukunft aufzustellen. Deswegen setzen wir uns für eine bessere Anbindung an das Netz der Deutschen Bahn ein. Und deswegen ist für uns klar: Wir stehen zum Bau des OTB!“

Elias Tsartilidis
Sprecher für Hafenpolitik



„Die Zukunft Bremerhavens liegt uns am Herzen. Deswegen haben wir in der Stadt investiert: Durch den Bau des Hafentunnels, durch Planungsmittel für das Entwicklungsgebiet Werftquartier, aber auch durch eine Vielzahl von Projekten, die den Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern konkret helfen. Ein Erfolg ist auch, dass die Finanzbeziehungen mit dem Land Bremen geklärt werden konnten und Bremerhaven finanziell handlungsfähig bleibt.“

Frank Schildt



Ein Überblick über alle Politikfelder:
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik



„Der Wissenschaftsplan 2025 ist ein klares Bekenntnis zum Wissenschaftsstandort Bremen. Denn er sieht eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel vor. Und er macht noch einmal ganz deutlich: Die Universität und die Hochschulen sind wichtige Impulsgeber für das Land Bremen und seine beiden Städte. Bremen ist in der Wissenschaft exzellent aufgestellt.“

Arno Gottschalk
Sprecher für Wissenschaft und Forschung



„Die EU ist ein Friedensprojekt, das seinesgleichen sucht. Sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gibt es in einer globalen Welt nur durch gemeinsame Anstrengungen. Das ist ein Gewinn für uns alle. Und deshalb gilt es, diese Errungenschaft gegen Populisten mit aller Kraft zu verteidigen.“

Antje Grotheer
stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
und Sprecherin für Bund,
Europa und Entwicklungszusammenarbeit



Ein Überblick über alle Politikfelder:
www.spd-fraktion-bremen.de/unsere-politik

WISSENSCHAFT FÜR DIE ZUKUNFT GUT AUFGESTELLT

Die bremische Wissenschaftslandschaft ist ein Aushängeschild unserer beiden Städte. Rund 38.000 Menschen studieren an der Universität und an den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven. Mit dem Wissenschaftsplan 2025 haben wir den Standort deutlich gestärkt. Dies zeigt sich schon durch die massive Aufstockung der finanziellen Mittel für die Einrichtungen. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es ein wichtiges Signal, die Grundausrüstung anzuheben, damit die Hochschulen ihre ambitionierten Ziele in der Forschung erreichen und die Qualität der Lehre noch weiter verbessern können. Daneben sieht der Wissenschaftsplan unter anderem einen Ausbau der Studienplätze, neue innovative Studienangebote, eine Erhöhung des Frauenanteils an den Professuren oder auch eine Sicherung und einen Ausbau der Forschungsexzellenz an der Universität vor. Zudem ist eine gezielte Förderung der Kooperationen der Wissenschaftseinrichtungen mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft vorgesehen, die die Innovationskraft in Bremen maßgeblich stärken kann.

Mit dem Ziel, gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu schaffen, haben wir darüber hinaus im Hochschulreformgesetz die Weichen

dafür gestellt, dass die Karrierewege junger Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sicherer und transparenter werden. Denn wir sind davon überzeugt, dass wir die Attraktivität unserer Hochschulen noch weiter erhöhen müssen. Dazu gehört nicht nur gute Forschung. Unsere Hochschulen müssen auch als gute Arbeitgeber auftreten können. Nur so können wir junge Wissenschaftstalente in Bremen halten.

Außerdem haben wir, im Sinne der Eigenverantwortlichkeit der Studierenden, die klassische Anwesenheitspflicht abgeschafft und konnten darüber hinaus eine Sonntagsöffnung der Staats- und Universitätsbibliothek (SuUB) durchsetzen. Schließlich sind Bibliotheken ein zentraler Ort der Wissensvermittlung, und der Zugang zu ihnen ist im wissenschaftlichen Bereich eine Grundvoraussetzung für ein Gelingen von Forschung und Studium. Deshalb wird die SuUB im Zentralbereich an der Universität in einem Modellversuch während der Prüfungszeiten im Januar und Februar sowie im Juli und August auch sonntags ihre Türen als Präsenzbibliothek öffnen. Dieser Modellversuch ist vorerst auf zwei Jahre angelegt und soll anschließend unter Beteiligung des Personalrats ausgewertet werden.



BREMEN IN EUROPA UND DER WELT

Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt, das unser Kontinent je gesehen hat. Gerade in Zeiten, in denen vielerorts nationalistische und populistische Bewegungen aufkeimen, gilt es für die europäische Einigung einzustehen und sie zu verteidigen. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion die Arbeit der europapolitischen Verbände und Initiativen, die im Sinne bremischer Traditionen für Weltoffenheit, Solidarität und partnerschaftlichen Austausch eintreten. Und deshalb haben wir uns angesichts der Flüchtlingssituation der vergangenen Jahre und den damit verbundenen Bildern hunderter Toter auf dem Mittelmeer ganz klar positioniert: Es ist kein Verbrechen, Menschenleben zu retten! Wenn Menschen vor Kriegsverbrechen, Mord und Folter, Armut und Hunger flüchten und sich auf den gefährlichen Seeweg machen, darf Europa ihnen nicht beim Ertrinken zugucken. Denn keine Doktrin, kein politisches Konzept

rechtfertigt es, das Retten von Menschen aus Seesnot zu behindern oder zu kriminalisieren.

Darüber hinaus haben wir uns in der laufenden Legislaturperiode für einen europaweiten Grundrechtsschutz ausgesprochen, die Bedeutung der EU-Grundrechtecharta unterstrichen und uns im Austausch mit unseren internationalen Partnern für unumstößliche Menschenrechte und Grundfreiheiten eingesetzt. Auch deshalb haben wir anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara unseren Einsatz für die saharischen Flüchtlinge und ihr Recht auf Selbstbestimmung sowie ein UN-geführtes Unabhängigkeitsreferendum bekräftigt. Um unsere Solidarität zu zeigen, wird auf Bestreben der SPD-Fraktion außerdem inzwischen alljährlich die Flagge der Westsahara vor dem Haus der Bürgerschaft gehisst.

DEMOKRATIE HAUTNAH

KOMMEN SIE UNS AM ARBEITSPLATZ BESUCHEN – DENN ES IST IHR PARLAMENT!

Schülerinnen und Schüler, Studierende, Kulturvereine, KollegInnen oder Freundeskreise – die Liste der Besuchsgruppen, die uns in der Bremischen Bürgerschaft besuchen, um sich mit den Abgeordneten der SPD-Fraktion auszutauschen, ist lang und bunt.

Üblicherweise während der Plenarsitzungen der Bremischen Bürgerschaft können interessierte Bremerinnen und Bremer dabei nicht nur die Debatten im Parlament verfolgen, sondern uns im Anschluss ihre Meinung sagen und mit den Abgeordneten diskutieren.



Wenn auch Sie Interesse daran haben, die Bremische Bürgerschaft zu besichtigen – auch während einer Plenardebatte – schreiben Sie uns einfach eine Mail an: spd-fraktion@spd-bremen.de



UNTERWEGS MIT DEM ROTEN BUS

SPD-FRAKTION VOR ORT: AUF TOUR DURCH BREMEN UND BREMERHAVEN



Seit 2016 ist er auf den Straßen Bremens und Bremerhavens unterwegs: Der Rote Bus, das Infomobil der Bürgerschaftsfraktion. Der beste Weg, die Bürgerinnen und

Bürger in den verschiedenen Stadtteilen des Landes Bremen zu treffen, Präsenz zu zeigen und ein offenes Ohr für die kleinen und großen Anliegen zu haben.





WIR SIND DER MEINUNG, DASS...

... eine maßvolle Bebauung der Rennbahn ein Gewinn für alle ist!



EIN NEUES STÜCK STADT: FÜR ALLE BREMERINNEN UND BREMER!

Ein neues Quartier dort, wo jetzt ausgedehntes Grün zu finden ist? Das sorgt verständlicherweise bei den Nachbarn der Galopprennbahn für Befürchtungen. Ihr erfolgreiches Volksbegehren belegt das. Gut 24.000 Menschen haben dafür unterschrieben. Das lassen wir nicht außer Acht, sondern sehen es als Auftrag, noch deutlicher zu erklären, wie und warum wir auf dieser Fläche ein neues Stück Stadt entstehen lassen wollen – für alle Bremerinnen und Bremer.

Die Vorgeschichte: Seit 1907 war das Areal der Ort für Pferderennen in Bremen. Über Jahrzehnte ging von den Rennen, vom Treiben rund um das Oval eine große Strahlkraft aus. Heute liegen die Dinge anders: Seit Jahrzehnten konnte der Galopprennsport nur noch durch staatliche Subventionen in Millionenhöhe am Leben gehalten werden – Geld, das in Bremen an anderer Stelle dringend nötig ist. Parallel dazu fanden sich auf der Rennbahn und an den Wettshallen immer weniger Besucher ein. Abnehmende Besucherzahlen, weniger Wetteinnahmen, Probleme überhaupt noch eine ausreichende Zahl an Renntagen auf die Beine zu stellen: Letztlich geriet der Rennverein zusehends in Schwierigkeiten.

Die Fläche: 36 Hektar umfasst das gesamte Areal. 36 Hektar mitten in der Stadt, die – abgesehen von den wenigen Renntagen pro Jahr (zuletzt waren es nur noch sechs) und den Nutzern der Golf-Range – für die Bremerinnen und Bremer verschlossen waren. Die „Grüne Lunge“ auf der Grenze zwischen Hemelingen und der Vahr war und ist bis heute nur durch den Zaun drumherum zu sehen.

Unsere Position: Wir wollen dieses bislang verschlossene Stückchen Stadt öffnen – für alle Bremerinnen und Bremer. Wir sind uns sicher: Angesichts des zunehmenden Drucks auf dem Wohnungsmarkt ist es richtig, dort auch neuen Wohnraum zu schaffen. Und wir sind überzeugt: Von dem neuen Rennbahnquartier profitieren nicht nur die Menschen, die dort ihre Heimat finden werden, sondern der neue Wohnraum, der dort entsteht, trägt dazu bei, den steigenden Mieten und Immobilienpreisen etwas

entgegenzusetzen. Nur zusätzlicher Wohnraum kann wirklich effektiv verhindern, dass Wohnen zum Luxus wird. Ja, wir müssen Lücken bebauen, Brachflächen erschließen und wo es geht auch eine Verdichtung im Bestand realisieren – aber ohne die Erschließung neuer Wohnbauflächen gibt es gegen diese Preisspirale kein ausreichend wirksames Mittel.

Was wir vorhaben: Wir wollen, dass von dieser Fläche wieder Strahlkraft für ganz Bremen ausgeht. Dort soll keine triste Schlafstadt, sondern ein beispielhaftes urbanes Quartier mit viel Grün, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen und Raum zum Leben entstehen – sowohl für Menschen, die sich den Traum vom Eigenheim erfüllen wollen, als auch für Mieterinnen und Mieter. Eigenheime, Mietshäuser,

bezahlbarer Wohnraum, viel Grün-, Sport- und Erholungsflächen – und vor allem die Öffnung der bislang verschlossenen Fläche: Daran wollen wir arbeiten – und zwar ausdrücklich mit den Menschen vor Ort. Deswegen haben wir in zahlreichen Regionalausschüssen die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt.

Unser Appell: Lassen Sie uns gemeinsam beim Volksentscheid parallel zur Bürgerschaftswahl nicht die Chance vertun, an dieser Stelle ein wirklich zukunftsweisendes Stück Bremen entstehen zu lassen. Für neue Nachbarn – aber eben auch für alle Bremerinnen und Bremer, die dort Erholung oder ihre Freizeit genießen wollen. Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit – lassen Sie uns an dieser Stelle eine gute Antwort darauf finden.

Ihre SPD-Fraktion



Foto: Bin im Garten / wikipedia commons